

Staats- und wehrpolitische Bildung im Bundesheer

Wehrpolitische Information

**Radikalismus, Extremismus,
Rassismus,
Autoritarismus und Totalitarismus,
„Demokratische Identität“**



Landesverteidigungsakademie – Zentrum für menschenorientierte Führung und Wehrpolitik

ObstdhmfD MMag. Gerhard KOHLWEG, MAS MSc

Stand: November 2025

Wehrpolitische Information:

Einleitung:

Im Rahmen dieser wehrpolitischen Information werden grundlegende Inhalte sowie Definitionen zum Themenkreis:

Radikalismus, Extremismus,
Rassismus,
Autoritarismus und Totalitarismus,
„Demokratischen Identität“

dargelegt und ausgeführt.

Die Informationen, Definitionen und Erklärungen sind als wehrpolitisches Hintergrundwissen gedacht und zu verstehen. Dieses kann und soll im Rahmen der wehrpolitischen Stundenbilder, im InfoO Wesen sowie im Diskurs intern und extern zum Einsatz kommen.

Spezifisch handelt es sich bei gegenständlichen Ausführungen um notwendiges Hintergrundwissen für den InfoO/Sp „Demokratische Identität“!

Die Literatur zu den angeführten Thematiken ist umfassend und wissenschaftlich diskursiv, gegenständliche Ausführungen stellen daher einen Aspekt des gegenwärtigen Meinungsspektrums dar.

In weiteren Publikationen (wehrpolitische Informationen) werden ergänzende und ausführlichere Inhalte zu den Themenbereichen Antisemitismus und Nationalsozialismus, Verschwörungsmythen und verwandten Themenbereichen vorgestellt.

Die hier vorgestellten und diskutierten Inhalte stehen in gegenseitiger Abhängigkeit. So können extremistische Handlungen rassistische Hintergründe und Motivationen haben. Rassistische Motivationen können wiederum Teil der Ideologie eines autoritären Systems sein. Somit ist, wenn auch die Themenstellungen einzeln beleuchtet werden, dennoch der Blick auf das große Ganze zu richten.

Ein Schwergewicht der Ausführungen liegt beim Themenkreis Rassismus. Dies deshalb, weil Rassismus häufig die Basis und das Argumentationsfundament vieler Ideologien und Verschwörungsmythen bildet.

Gliederung:

	Thema:	Seite:
1	Extremismus versus Radikalismus: Definitionen und Abgrenzungen:	5
1.1	Religiöser Extremismus	10
1.2	Ethnischer Extremismus	11
1.3	Politischer Extremismus	13
1.4	Auszug aus dem Geschäftsstück S93112/5-MilStratLZ/2023 (1), welches nachfolgende Ergänzung/Neuaufnahme zum VBl I Nr. 4/18, festlegt:	14
2	Rassismus:	15
2.1	Ebenen des Rassismus:	23
2.2	Rassismus aus Sicht von Hamed Abdel-Samad:	25
3	Der Autoritarismus:	27
4	Der Totalitarismus:	31
4.1	Die Abgrenzung des Totalitarismus zum Autoritarismus:	34
5	Die Demokratische Identität:	35
5.1	Gesine Schwan und die individuelle und kollektive Identität:	37
5.2	Saskia Wendel und die Identität der Differenz:	39
5.3	Mathias Katzer und seine Prinzipien zur Demokratischen Identität:	40
5.4	Demokratische Identität und Weltanschauungen – ein Widerspruch?	40
6	Quellenverzeichnis:	42

1. Extremismus versus Radikalismus: Definitionen und Abgrenzungen:

Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung sind Begriffe, welche oft undifferenziert gemeinsam und damit fälschlich verwendet werden. Das birgt vielerlei Gefahren in sich: zum einen die Möglichkeit der Relativierung (nicht so schlimm, unzutreffend etc.), zum anderen die Möglichkeit des Missverständnisses und damit in Folge die Gefahr eines scheiternden Diskurses.

Es ist wichtig zu wissen, was verboten ist, was erlaubt ist und welche Inhalte und Botschaften sich hinter welchen Begriffen verbergen. Erst dann ist ein sinnvoller und produktiver Diskurs zu kontroversen Themenstellungen möglich.

Festzustellen in diesem Kontext ist, dass sowohl Medien als auch die Politik nicht immer klar kommunizieren. Manchmal aus Unwissenheit oder Nachlässigkeit, aber auch Fahrlässigkeit und/oder Vorsatz sind diesbezüglich mögliche Motivationslagen.

Um zielgerichtet Botschaften verständlich zu transportieren, ja um überhaupt einen Diskurs führen zu können, ist es daher notwendig, selbst Wissen und Erklärungsmodelle zu den Begriffen aufzuweisen. Genauso wichtig ist es, die Begriffe mit dem Gegenüber, dem Empfänger oder den Empfängern abzugleichen. Nur eine gemeinsame Codierung der Sprache ermöglicht den erfolgreichen Austausch von Argumenten und Ansichten mit der Chance, aber ohne Gewähr, dadurch einen Kompromiss oder gar einen Konsens erzielen zu können.

Radikalismus und Extremismus im Vergleich:

Im „Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache“ wird Radikalismus wie folgt definiert:

- „1. radikale politisch-ideologische Denkweise und Handlungsweise
- 2. überspitzte, zu extremen neigende Denk- und Handlungsweise“

(Herausgeber: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 2022, Radikalismus, Zugriff am 10.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.dwds.de/wb/Radikalismus>)

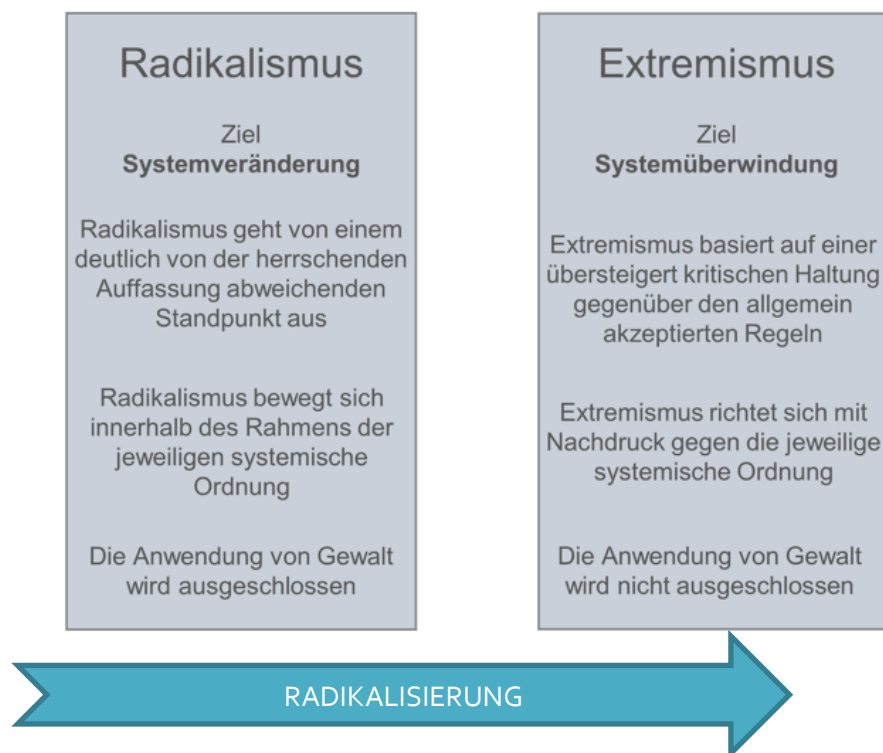
Vom Wortstamm her lässt sich radikal auf den lateinischen Begriff „radix“ (deutsch „Wurzel“) zurückführen. Im politisch-gesellschaftlichen Kontext meint man damit: dem Problem auf den Grund gehen, nach den Ursachen forschen. So gesehen ein neutraler Vorgang.

„Radikalisierung bezeichnet nun jenen Prozess, im Zuge dessen jemand radikal wird, seine und ihre politischen Ansichten und auch das Verhalten sich zunehmend in Richtung eines Randbereiches bewegen – und somit [in Folge] als extrem zu bezeichnen sind.“

(Gärtner Reinhold. Herausgeber: Verlag Jungbrunnen Wien, 2022. Extremismus/Radikalismus. Zugriff am: 10.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.politik-lexikon.at/extremismus-radikalismus>)

Im Radikalismus verfestigen sich radikale Überlegungen hin zu Vorstellungen, und durch das kompromisslose Beharren auf der Grundposition entsteht bzw. verdichtet sich Intoleranz.

Radikalismus endet – sofern die Bewegung Richtung der „Ränder der Spektren“ anhält – im Extremismus. Grundsätzlich ist Radikalismus, eine radikale Meinung zu haben, ein radikales Vorgehen pflegen, aber rechtlich zulässig. Allerdings kann eine zunehmende Radikalisierung, also ein sich Hinbewegen an die Ränder eines legalen Verhaltens, den Einstieg in den Extremismus mit sich bringen.



Im Gegensatz zum Radikalismus hat der Extremismus klar das Ziel einer Überwindung des bestehenden politischen Systems. Mittel und Methoden dazu sind: Aufrufe zum Widerstand gegen die Exekutive oder Legislative eines Rechtsstaates, Verhetzung (z. B. Aufrufe zur Gewalt gegen eine Religion, eine Ethnie, eine Weltanschauung etc. (siehe dazu auch § 283 StGB)), die Forderung zur „Schaffung klarer Verhältnisse“ und eine extreme rhetorische Zuspitzung von Argumentation und Meinung.

Hande Abay Gaspar (Wissenschaftlerin an der Universität Frankfurt) stellt die Unterschiedlichkeit von Radikalismus zu Extremismus wie folgt dar und zitiert dazu das Bundesamt für Verfassungsschutz der BRD:

„So heißt es, dass ,es sich bei Radikalismus zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise [handelt], die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits von der

Wurzel (...) her anpacken will', und dass, 'radikale politische Auffassungen in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz [haben]' (Bundesamt für Verfassungsschutz o. J.). Im Gegensatz dazu werden jene Aktivitäten als 'extremistisch' eingestuft, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen' (Bundesamt für Verfassungsschutz o. J.).“

(Gaspar Hande Abay. Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020. Abgrenzung von Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung. Zugriff am: 10.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313920/abgrenzung-von-extremismus-radikalismus-und-radikalisierung/>)

Extremismus stellt also gemäß den vorgenannten Ausführungen den demokratischen Rechtsstaat in Frage. Radikalismus tut dies nicht, aber fordert ihn heraus.

Im „Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache“ wird Extremismus einfacher – aber dafür auch wieder weniger klar abgegrenzt – wie folgt definiert: „extreme, radikale politische Haltung oder Richtung“.

(Gärtner Reinhold. Herausgeber: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 2022. Radikalismus. Zugriff am: 10.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.dwds.de/wb/Radikalismus>)

Die Ursache für die Unschärfe in der Differenzierung zwischen Radikalismus und Extremismus liegt in der oftmals unterschiedslosen Verwendung beider Begriffe im öffentlichen Diskurs.

In Österreich sind in der Publikation „Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ die Begriffe wie folgt definiert:

Radikalisierung führt nicht zwangsläufig zur Gewaltanwendung und zur Gesetzesübertretung. Es wird festgehalten, dass radikale Überzeugungen und Haltungen nicht per se strafrechtlich relevant sind. Als Grenze zum Extremismus wird die Anwendung von illegitimen Mitteln (Strafrecht) bis hin zur Gewalt oder deren Befürwortung angesprochen.

Zum Extremismus wird ausgeführt, dass dabei politische, religiöse oder ethnische Weltanschauungen im Fokus stehen. Angestrebt wird eine totale Veränderung, im Sinne einer Überwindung des gesellschaftlichen Ordnungssystems und die Anwendung von Gewalt ist ein legitimes Mittel zur Zielerreichung.

(vgl. Herausgeber: Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED), 2022, Wien. Zugriff am: 10.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.dsn.gv.at/216/start.aspx#netzwerk>)

Ein Beispiel für die fließende Grenze zwischen Radikalismus und Extremismus sind z. B. jene Aktionen zwischen 2021 und 2024, bei welchen sich Anhänger/Mitglieder der Gruppierung „Letzte Gene-

ration“ an Gegenständen oder Straßen festklebten. Dabei handelte es sich um ein radikales Vorgehen (Blockade des Verkehrs, Gefahr der Eigenverletzung etc.): Es stand eine Problemstellung (Klimawandel) im Fokus der Handlungen und diese Problemstellung wurde „radikal“ angesprochen. Es ging den Aktivisten in diesem Beispiel also nicht um die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates, was eine extremistische Zielsetzung gewesen wäre. Gesehen den Fall, dass es im Rahmen derartiger Aktionen zu Gewaltanwendungen gekommen wäre, z. B. gegenüber einschreitenden Organen des Staates, wäre damit ein Schritt heraus aus dem Radikalismus hin in Richtung Extremismus gesetzt worden.

Klar zu Aktivitäten gegen die bestehende Rechtsordnung und das demokratische System aufgerufen wurde, und zwar nicht einmalig, sondern in unterschiedlichsten Ausprägungen häufig, im Rahmen der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Der Standard titelte dazu in seiner Ausgabe vom 5. Jänner 2021 „Nach Gewaltaufrufen: ‚Querdenker‘-Demos sollen leichter verboten werden können“ und führt im Artikel weiter aus: „Ausschlaggebend sind dafür die Erkenntnisse aus einem Bericht des Verfassungsschutzes, der dem Standard vorliegt. (...) So wird sogar die Notwendigkeit eines Bürgerkrieges heraufbeschworen, Regierungsmitglieder als Massenmörder verunglimpft und die Protestbewegung als legitime Revolutionsbewegung, die militant gegen ein tyrannisches Regime vorgehen muss, dargestellt.“

(Schmidt Colette. Herausgeber: Oscar Bronner, 2021, Wien. Nach Gewaltaufrufen: „Querdenker“-Demos sollen leichter verboten werden. Zugriff am: 10.11.2022. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000122944816/nach-gewaltaufrufen-querdenker-demos-sollen-leichter-verbotten-werden-koennen>)

Im Rahmen der Aufrufe zu extremistischen Handlungen wurde auch klar gegen Personen und Journalisten gehetzt, dazu aufgerufen, bei Politikern „zu Hause vorbeizuschauen“ und Ähnliches mehr. Es handelt sich in diesem Beispiel also klar um Aufrufe zu Verstößen gegen die geltende Rechtsordnung und damit um eine extremistische Vorgangsweise.

Diesbezüglich ist aber klarzustellen, dass es sich bei den Personengruppen, welche sich einer derartigen extremistischen Vorgangsweise bedienten, nur um einen kleinen Teil der Demonstranten handelte. Viele der Demonstranten sorgten sich um ihre staatsbürgerlichen Rechte ohne Kontext zu extremistischem Gedankengut.

Ein weiteres Beispiel zu extremistischen Handlungen findet sich in den USA. Über Verhetzung und Desinformation (Fake News) waren Menschen in den USA radikalisiert und zum Extremismus verführt worden, als es 2021 zum „Sturm auf das Kapitol“ kam. Fünf Menschen wurden getötet, ca. 140 Polizisten verletzt. Das FBI ermittelte wegen inländischen Terrorismus. Viele politische Beobachter bewerten die Vorgänge vom 06.01.2021 als Putschversuch.

(vgl. Herausgeber: Zeit online GmbH, 2022, Hamburg. Biden ruft US-Bürger vor den Wahlen erneut zum Schutz der Demokratie auf. Zugriff am: 10.11.2022. Verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-11/joe-biden-kongresswahlen-usa-schutz-demokratie-aufruf?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.at%2F)

Die Beispiele zu Extremismen ließen sich umfassend fortsetzen. Dabei kann es sich um islamischen Extremismus (Islamismus), um christlichen Extremismus, um andere religiöse Extremhaltungen, um ethnischen oder um politischen Extremismus handeln.

Extremismus und Fundamentalismus können Hand in Hand gehen bzw. ineinanderfließen. Im „Duden“ wird Fundamentalismus als geistige Haltung, Anschauung, die durch kompromissloses Festhalten an Grundsätzen gekennzeichnet ist, beschrieben, häufig geprägt durch ideologische und/oder religiöse Motivation. Siehe dazu auch die Ausführungen in den nachfolgenden Kapiteln.

Man kann also festhalten: Radikalismus per se stellt noch keine Bedrohung für einen demokratischen Verfassungsstaat dar, sondern fordert den Staat heraus. Extremismen hingegen richten sich konkret gegen Prinzipien (z. B. Gewaltenteilung, demokratisches Prinzip, etc.), die den bestehenden Rechtsstaat ausmachen. Radikalisierung stellt eine stärkere Hinwendung zu einer Ideologie dar und kann im Extremismus, also in der Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates, enden.

Oder auch:

Radikalismus: bewegt sich im Rahmen der geltenden Rechtsordnung!

Extremismus: überschreitet die geltende Rechtsordnung!

Radikalismus findet sich in vielen Lebensbereichen (z. B. bei Ernährungsgewohnheiten – Veganismus – oder historisch in der Suffragettenbewegung) wieder. Extremismus hat per Definition immer einen Bezug zum Politischen.

Extremismus selbst lässt sich auch noch nach Einstellung und Handlung unterscheiden. Es kann also extremistische Einstellungen (Unterstützung bzw. Legitimierung von Gewalt) geben ohne entsprechendes Handeln (Gewalttaten), aber kein extremistisches Handeln ohne die entsprechende Einstellung dazu.

Auch wenn die Unterscheidung der Begriffe Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung nicht immer klar ist und sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftspolitisch diskutiert wird, lässt sich doch wie folgt festhalten:

- **Radikalismus kann sich auf ein breites Feld von gesellschaftspolitischen Thematiken beziehen.**
- **Radikalismus hat keine Gewaltkomponente.**
- **Radikalisierung ist ein Prozess hin zum Radikalismus (Zustand) oder, in der extremsten Form, hin zum Extremismus (Zustand).**

- **Extremismus bezieht sich auf das politische System, auf demokratische Grundwerte.**
- **Extremismus in „kognitiver Form“ bedeutet Gewalt zu legitimieren, ohne Gewalt auszuüben.**
- **Extremismus in Handlungsform wendet Gewalt an und hat auch die entsprechenden kognitiven Grundlagen.**

Zuletzt noch: Sowohl Radikalismus als auch Extremismus bedienen sich häufig, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung je nach ideologischer Richtung, den Wünschen und Sorgen der Menschen. Es wird mit einfachen Lösungsansätzen, Fake News, Verschwörungsmythen und Ängsten argumentiert und gearbeitet.

1.1 Religiöser Extremismus:

Religiöser Extremismus ist durch eine stark dogmatische und radikale Interpretation von religiösen Lehren und Prinzipien geprägt. Diese Form des Extremismus geht über die bloße religiöse Überzeugung hinaus und rechtfertigt Handlungen, die teils mit unserer Rechtsordnung unvereinbar sind.

Das Kennzeichen des religiösen Extremismus ist die Überzeugung, dass die eigene religiöse Interpretation die einzig wahre ist und dass alle anderen Glaubensrichtungen falsch oder sogar schädlich sind. Diese Überzeugung führt oft zu Feindseligkeit gegenüber Menschen, die anderen Glaubensrichtungen angehören oder nicht an eine bestimmte Religion glauben.

Eine der bekanntesten Formen des religiösen Extremismus ist der Islamismus, der im Namen des Islam politische und soziale Veränderungen durch Gewalt und Terrorismus erzwingen möchte. Eine andere Form des religiösen Radikalismus ist der christliche Fundamentalismus, der die Bibel wörtlich interpretiert und beispielsweise seine Überzeugungen gegen die Rechte und Freiheiten von Frauen und LGBT-Personen durchsetzen möchte.

Religiöser Extremismus kann sich auch in nationalistischen Bewegungen manifestieren, die ihre eigene Religion als Grundlage für ihre Ideologie verwenden. In Indien zum Beispiel haben hinduistische Extremisten in den letzten Jahren für Aufsehen gesorgt, da sie Muslime und andere religiöse Minderheiten marginalisieren und gewaltsam bekämpfen.

Die extremistische Auslegung der Religion kann zu Gewalt und Aggression gegenüber Andersdenkenden führen. Extremisten rechtfertigen ihr Handeln mit religiösen Begründungen und entziehen sich somit jedweder Kritik.

Ein weiteres Kennzeichen von religiösem Extremismus ist die Ablehnung von Modernisierung und Säkularisierung. Extremisten argumentieren oft, dass die Moderne und die Säkularisierung den Werten und Prinzipien ihrer Religion widersprechen würden. Sie lehnen Werte wie Demokratie, Freiheit, Pluralismus und Gleichheit ab und pochen auf eine orthodoxe Lesart ihrer Religion.

Religiöse Texte werden selektiv gelesen, interpretiert und Grundsätze der Toleranz, Barmherzigkeit und Nächstenliebe negiert bzw. insofern separiert, als diese Grundsätze auf „Ungläubige“ nicht anzuwenden sind.

Schlussendlich bleibt festzuhalten, dass religiöser Extremismus eine Gefahr für die individuelle Freiheit und für die Gesellschaft insgesamt darstellt. Es ist daher wichtig, dass wir uns als Gesellschaft für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben einsetzen und Extremismus in jeglicher Form bekämpfen.

Aus vorgenannten Ausführungen geht deutlich hervor, dass es sich um eine breite Themenstellung handelt. Es empfiehlt sich daher, in Diskussionen und Vorträgen ohne Scheuklappen Radikalismus und Extremismus in den verschiedenen Konfessionen anzusprechen, um Stigmatisierungen einzelner Religionen vorzubeugen. Dies ermöglicht das Aufzeigen unterschiedlicher Interpretationen, was bei den Teilnehmern zu einer Reflexion über ihre eigenen religiösen Ansichten beitragen kann.

Mythen und Erzählungen, aber auch Aspekte von Rassismus, die vermeintliche Unterschiede zu anderen Religionen betonen, können beim religiösen Extremismus eine Rolle spielen. Häufig ist religiöser Extremismus auch mit politischem und ethnischem Extremismus verknüpft. Die Grenzen sind fließend bzw. die Themenbereiche übergreifend zu sehen.

Religiöser Extremismus beinhaltet eine Gewaltkomponente, die bezweckt, das bestehende demokratische Werte- und Rechtssystem auch mittels Einsatz undemokratischer Instrumente zu ändern bzw. zu überwinden.

1.2 Ethnischer Extremismus:

Ethnischer Extremismus bezeichnet eine ideologische Ausrichtung, die auf ethnische Zugehörigkeit im Sinne von Abstammung und Herkunft als bestimmendes Element der Identität abzielt. Dabei wird oft eine hierarchische Ordnung der Ethnien aufgestellt, wobei die eigene Ethnie als überlegen und die „anderen“ als minderwertig betrachtet werden. Diese Ideologie kann zu politischen Aktivitäten führen, die gegenüber anderen Ethnien diskriminierend, gewalttätig oder sogar terroristisch sind. In vielen Fällen führt ethnischer Extremismus auch zur Überbetonung von kulturellen und ethnischen Unterschieden, wobei extreme Formen davon in Rassismus und Fremdenfeindlichkeit münden. So wie beim religiösen Extremismus bereits angemerkt, kann auch der ethnische Extremismus die Dimension der Religion und des Nationalismus umfassen.

Kennzeichen von ethnischem Extremismus:

1. Bewusste Betonung von ethnischen Unterschieden und Diskriminierung anderer:

Eine der ersten und offensichtlichsten Merkmale eines ethnischen Extremisten ist die bewusste Betonung von ethnischen Unterschieden. Die abwertende Haltung gegenüber den Angehörigen anderer Kulturen und Ethnien steht im Mittelpunkt ihrer Überzeugungen, um die eigene ethnische Identität zu stärken.

2. Ethnozentristische Priorisierung der Werte und Prinzipien der eigenen Gruppe:

Ethnische Extremisten richten ihre Handlungen auf die Prinzipien und Werte ihrer Gruppe aus. Sie zeigen keine Rücksicht auf andere ethnische Gruppen und verstehen sich als Führer und ihre Gruppe als Elitisten.

3. Verwendung von Gewalt oder Hassreden:

Ethnische Extremisten setzen oft Hassreden oder sogar Gewalt ein, um ihre Überzeugungen zu verbreiten oder durchzusetzen. Hassreden können auch zur Verstärkung der ethnischen Hierarchisierung beitragen, indem die Angehörigen der eigenen Ethnie überhöht und die anderer abgewertet werden.

4. Gezielte Rekrutierung von Anhängern:

Ethnische Extremisten setzen bei der Anwerbung von Anhängern auf ideologische Argumentation, Hass- und Gewaltreden, Verschwörungsmythen und die Abwertung anderer Ethnien.

5. Versuche, sich von der breiten Gesellschaft abzugrenzen:

Ethnische Extremisten distanzieren sich häufig von der breiten Gesellschaft. Sie grenzen sich ab und ziehen sich in ihre eigenen Gemeinschaften zurück, um sich von der vermeintlich feindlichen Umgebung abzugrenzen.

Zusammenfassend gesagt, ist ethnischer Extremismus ein Phänomen, das darauf abzielt, Menschen auf der Grundlage von ethnischen Zugehörigkeiten zu trennen, zu hierarchisieren und zu diskriminieren. Dies geht oft einher mit Hassreden und Gewaltanwendung.

Ethnischer Extremismus ist ein ernstes Problem, dessen Bekämpfung ein kollektives Engagement der Gesellschaft benötigt, um ein friedliches und harmonisches Zusammenleben zu gewährleisten. Mythen und Erzählungen, aber auch Aspekte von Rassismus, die vermeintliche Unterschiede zu anderen Ethnien betonen, spielen beim ethnischen Extremismus eine wichtige Rolle. Häufig ist ethnischer Extremismus auch mit politischem (nationalistisch) und religiösem Extremismus verknüpft. Die Grenzen sind fließend bzw. die Themenbereiche übergreifend zu sehen.

Ethnischer Extremismus beinhaltet eine Gewaltkomponente, die bezweckt, das bestehende demokratische Werte- und Rechtssystem auch mittels Einsatz undemokratischer Instrumente zu ändern bzw. zu überwinden.

1.3 Politischer Extremismus:

Unter politischem Extremismus versteht man Ideologien, die auf grundlegende Veränderungen im politischen System abzielen. Dies geht mit einer Haltung einher, die auf unterschiedliche Weise der konventionellen politischen Praxis widerspricht.

Eines der wichtigsten Kennzeichen des politischen Extremismus ist die Überzeugung, dass die eigenen politischen Vorstellungen die Wahrheit und die einzige Möglichkeit für eine erfolgreichere politische Zukunft darstellen. Dieses Denken führt zu einer ideologischen Abschottung gegenüber anderen Meinungen und lässt einen Fanatismus entstehen, der sich über Gewalt, Diskriminierung oder Intoleranz auf Andersdenkende auswirkt.

Ein weiteres wichtiges Kennzeichen des politischen Extremismus ist die Ablehnung der existierenden politischen Institutionen und Systeme. Politische Extremisten kritisieren häufig die Demokratie, liberale Systeme und den Kapitalismus als dekadent und in der jetzigen Form als irreparabel fehlerhaft. Sie fordern extreme Veränderungen in den politischen Strukturen und den Institutionen, um ihre Vorstellungen und Visionen von einer idealen Gesellschaft verwirklichen zu können.

Politische Extremisten sind auf beiden Enden des politischen Spektrums zu finden: von linksorientierten Gruppen, die nach einer radikalen Veränderung des sozialen und wirtschaftlichen Systems streben, bis hin zu rechtsorientierten Gruppierungen, die nach dem Schutz ethnischer Identität suchen.

Auch innerhalb der gleichen politischen Strömung, wie z. B. beim Islamismus (soweit man diesen als politische Ideologie definiert), können aufgrund unterschiedlicher Ansichten und innerer Konflikte unterschiedliche Ausprägungen des politischen Extremismus zu finden sein.

Politische Extremisten sehen in der Gewaltanwendung ein legitimes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Sie verachten für gewöhnlich die rechtsstaatlichen Prinzipien und setzen häufig auf illegale oder terroristische Methoden, um für ihre Ideologie zu kämpfen und politischen Einfluss zu gewinnen. Sie legitimieren Anschläge und Übergriffe auf ihnen nicht genehme politische und gesellschaftliche Einrichtungen sowie kriminelle oder illegale Aktivitäten unter der Parole des politischen Widerstands.

Insgesamt ist politischer Extremismus eine Gefahr für die politische Stabilität und Solidarität in einer Gesellschaft. Der Fanatismus und die Ablehnung jeglicher anderer Sichtweisen führen zur Ausgrenzung oder Verfolgung von anderen gesellschaftlichen Gruppen. Das Ziel ist die Errichtung eines vollkommen neuen staatlichen Systems.

Mythen und Erzählungen, aber auch Aspekte von Rassismus, die vermeintliche Unterschiede zu anderen politischen Gruppen betonen, spielen beim politischen Extremismus eine wichtige Rolle. Häufig ist politischer Extremismus auch mit ethnischem und religiösem Extremismus verknüpft. Die Grenzen sind fließend bzw. die Themenbereiche übergreifend zu sehen.

Politischer Extremismus beinhaltet eine Gewaltkomponente, die bezweckt, das bestehende demokratische Werte- und Rechtssystem auch mittels Einsatz undemokratischer Instrumente zu ändern bzw. zu überwinden.

Ein offener Dialog, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit bezüglich extremistischer Gruppierungen sowie eine Stärkung der Bürgergesellschaft und die
Herausbildung einer gemeinsamen „Demokratischen Identität“
sind wichtige Faktoren der Prävention.

1.4 Auszug aus dem Geschäftsstück S93112/5-MilStratLZ/2023 (1), welches nachfolgende Ergänzung/Neuaufnahme zum VBl I Nr. 4/18 festlegt:

„A) Ausgangslage:

Auf Grund des vermehrten Auftretens von politisch und/oder religiös motiviertem Extremismus (...) hat die Ressortleitung angeordnet, das VBl I, Nr. 4/18 (Besondere Vorfälle; Definition und Meldevorgang) um nachstehende Ziffern bzw. zwingend zu meldende Sachverhalte zu ergänzen.

Ziffer 27 Verdacht von politisch und/oder religiös motiviertem Extremismus

A. Definitionen und Erläuterungen zu Ziffer 27:

Definitionen

Extremismus:

Unter dem Begriff Extremismus werden jene Aktivitäten subsumiert, die sich außerhalb des demokratiepolitischen Spektrums bewegen und somit in Konflikt zur geltenden Verfassung eines Staates und dessen Institutionen und Gesellschaftsordnung stehen, da sie eine partielle oder generelle Beseitigung der rechtsstaatlichen Grundordnung anstreben. Extremismus ist gekennzeichnet durch eine dichotomische Sichtweise (Schwarz-Weiß-Sicht), einen Dogmatismus in seiner Ideologie, ein geschlossenes Gedankengebäude, einen Absolutheitsanspruch sowie die Inkaufnahme von strafrechtlich relevanten Tatbeständen (z. B. Gewalt) zur Umsetzung von Zielen.

Politischer Extremismus

ist ein Extremismus, welcher die eigene ideologische Überzeugung über andere stellt und dieselbe als Maßstab des eigenen Denkens und Handelns festlegt.

Religiöser Extremismus

ist ein Extremismus, welcher die eigene religiöse Überzeugung über andere stellt und dieselbe als Maßstab des eigenen Denkens und Handelns festlegt.

Rechtsfolgen

Strafrechtliche Bestimmungen

- Verbotsgesetz
- Strafgesetz (z. B. Verhetzung)
- Verwaltungsstrafrecht (Abzeichen-Gesetz, Symbole-Gesetz)

Disziplinarrechtliche Folgen

- Beamten-Dienstrechtsgesetz (BDG)
- Heeresdisziplinargesetz (HDG)
- Vertragsbedienstetengesetz (VBG)

Dienstrechtliche Folgen

- Abmahnung/Verwarnung
- Suspendierung
- Kündigung oder Entlassung

Dienstliche Folgen

- Verhängung Sperrvermerk
- Entzug der Prüfbescheinigung“ (zit. aus dem VBl I 4/18)

2. Rassismus:

Eines der grundlegendsten menschenrechtlichen Prinzipien ist die Gleichheit aller Menschen an Würde und Rechten. Diese Gleichheit ist in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ebenso festgeschrieben wie in Artikel 7 der österreichischen Bundesverfassung. Das Diskriminierungsverbot ist ein zentraler Grundsatz der Gründungsverträge der Europäischen Union und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Auch Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention enthält ein Diskriminierungsverbot. Demgemäß dürfen Menschen nicht aufgrund persönlicher Merkmale wie insbesondere dem Geschlecht, der Rasse, der Hautfarbe, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, der Religion, der Sprache, den politischen oder sonstigen Anschauungen, dem Vermögen, der Geburt oder sonstigem Status ungleich oder schlechter als andere behandelt werden.

Einige Ausführungen zur Geschichte des Rassismus:

Rassismus ist ursprünglich die Überzeugung, dass die Menschheit biologisch in „Rassen“ unterteilt werden kann und dass einige Rassen überlegener oder minderwertiger sind als andere. Diese Überzeugung hat zu Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt gegen Menschen auf der Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit (Rasse) geführt.

Die Idee der Rassenhierarchie wurde im 18. Jahrhundert von europäischen Philosophen wie Immanuel Kant und Voltaire entwickelt. Sie glaubten, dass Menschen in verschiedene Rassen unterteilt werden könnten und dass einige Rassen – im Vergleich zu anderen – überlegen seien. Diese Ideen wurden von vielen anderen europäischen Intellektuellen übernommen und verbreitet.

Im 19. Jahrhundert wurden diese Überzeugungen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft bestätigt. Wissenschaftler wie Johann Blumenbach und Samuel Morton führten umfangreiche Untersuchungen an menschlichen Schädeln durch und argumentierten, dass Menschen in verschiedene Rassen unterteilt werden könnten. Morton entwickelte eine Hierarchie der Rassen, bei denen er die Kaukasier als die überlegene Rasse betrachtete.

Während des 19. Jahrhunderts wurden Rassentheorien herangezogen, um Kolonisation und Expansion zu rechtfertigen. Kolonialherren argumentierten, dass sie den „zivilisierten“ europäischen Lebensstil in unterentwickelte Länder bringen müssten. Diese Ideologie führte zur Unterdrückung und Ausbeutung durch europäische Staaten in ihren Kolonien.

Die Idee der kulturellen Überlegenheit hat auch dazu geführt, dass indigene Völker und Minderheiten in vielen Ländern diskriminiert wurden. In den USA wurden Afroamerikaner als minderwertig betrachtet und als Sklaven gehalten – dies bis zur Abschaffung der Sklaverei 1865. In den 1950er Jahren führte der Kampf gegen die Rassentrennung und Diskriminierung in den USA zur Bürgerrechtsbewegung.

In Deutschland war die Rassenideologie ein wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie. Adolf Hitler und die Nationalsozialisten betrachteten die „arische Rasse“ als überlegen und diskriminierten andere „Rassen“, insbesondere Juden. Dies führte am Ende zum industriellen Völkermord an sechs Millionen Juden – dem Holocaust – und Millionen anderer Menschen.

In den letzten Jahrzehnten haben viele Länder Gesetze erlassen, um Rassismus zu bekämpfen und Minderheiten zu schützen. Es bleibt eine schwierige Aufgabe, den Rassismus auszumerzen und eine Welt zu schaffen, in der alle Menschen gleichbehandelt werden.

Im Laufe der Geschichte hat der Rassismus in verschiedenen Formen und Ausprägungen auf der ganzen Welt existiert. In einigen Fällen entstand er als direkte Folge von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen, während in anderen Fällen die Ursachen für Rassismus eher kultureller oder religiöser Natur waren. Ein besonderer Fokus lag dabei

auf der Aufrechterhaltung kultureller Normen und Werte und der Verteidigung des eigenen kulturellen Erbes. Menschen, die nicht dem eigenen Kulturkreis angehörten, wurden als primitiv und minderwertig betrachtet und entsprechend behandelt.

Wichtig ist festzustellen, dass sich Rassismus nicht auf ein Volk, eine Hautfarbe oder eine Religion begrenzen lässt.

In jüngerer Zeit hat die Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst (Xenophobie) in einigen Ländern wieder zugenommen. Vor allem seit der „Flüchtlingskrise“ (auch bedingt durch mangelnde Erfolge in der Integration zugewanderter Ethnien) sind Vorurteile und Verallgemeinerungen gegenüber ethnischen Gruppen oder Religionen in vielen Teilen der Bevölkerung wieder am Vormarsch.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind nicht grundsätzlich gleichzusetzen. Tatsächlich ist aber eine scharfe Trennung der Begriffe abhängig davon, wie Rassismus definiert wird. Sieht man Rassismus nur biologisch („Menschenrassen“) und/oder durch die äußere Erscheinung bedingt, fällt die Abgrenzung leichter. Dann sind unter Fremdenfeindlichkeit Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Ethnie, Religion und Kultur zu verstehen.

Definiert man Rassismus allerdings weiter, wie es die „Europäische Kommission gegen Intoleranz und Rassismus“ tut, verschwimmen die Unterschiede zwischen den Begriffen und eine klare Trennung ist nicht mehr möglich.

Die Definition der „Europäische Kommission gegen Intoleranz und Rassismus“ von Rassismus lautet wie folgt:

„Rassismus bedeutet die Überzeugung, dass ein Beweggrund wie Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder nationale oder ethnische Herkunft die Missachtung einer Person oder Personengruppe oder das Gefühl der Überlegenheit gegenüber einer Person oder Personengruppe rechtfertigt.“

(o. N. BMI, 2020. MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN: Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025.

Ausgelesen am: 10.07.2025. Verfügbar unter:

https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2021/01_02/europaeische_union_bf_20210115.pdf&ved=2ahU-KEWj1jc_P7p2PAx-WwgP0HHXecF4wQFnoECBcQAQ&usg=AOvVaw1v3ofC_HjVz48xk5fWgC_k.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, aus der Rassismus erwachsen kann, ist ein komplexes und schwieriges Unterfangen. Sie erfordert ein Umdenken und einen mentalen Wandel, sowohl auf

der individuellen als auch auf der kollektiven Ebene. Die Aufgabe besteht darin, Vorurteile, Diskriminierung und Gewalttätigkeit abzubauen, um allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Orientierung (religiös, ethnisch, geschlechtlich etc.), gleiche Rechte und Chancen zu gewährleisten. Nur so können wir eine gerechte und friedliche Welt schaffen, die von Respekt und Toleranz geprägt ist.

Dazu sind alle ethnischen und religiösen Gruppen einzubinden. Dies erfordert auch die Mitarbeit zugewanderter Menschen und diese Mitarbeit darf durchaus auch eingefordert werden.

Moderne Erkenntnisse zum Rassismus:

In der Biologie ist der Begriff Rasse, bezogen auf den Menschen, heute völlig überholt. Es ist nicht so, dass das Rassen-Konzept nur auf Grund der historischen Belastung aus den Zeiten des Nationalsozialismus heraus verworfen wurde. Vielmehr gibt es wesentliche biologisch-genetische Tatsachen, die den Rassenbegriff als ungeeignet ausweisen. Mit der Einteilung in Rassen lässt sich die genetische Vielfalt der Menschen nicht angemessen beschreiben.

Dies aus nachfolgenden Gründen:

- Merkmale, die zur Unterscheidung von Rassen herangezogen wurden, variieren unabhängig voneinander. Beispielsweise sind Merkmale des Gesichts, wie Nasen- und Lippenform, nicht an die Tönung der Haut gekoppelt. So gesehen gibt es daher theoretisch zahllose mögliche Rasseneinteilungen, abhängig davon, welche Merkmale man heranzieht. In der Wissenschaftsgeschichte der Biologie gab es beinahe so viele Rasseneinteilungen wie Wissenschaftler, die sich damit beschäftigt haben.
- Auch kann festgestellt werden, dass die durchschnittlichen genetischen Unterschiede zwischen den als Rassen definierten Gruppen geringer sind als die der Individuen innerhalb der als Rasse aufgefassten Gruppe. Schon damit stellt sich die Einteilung in Rassen als willkürlich und sinnlos heraus.
- Scharfe Grenzen zwischen den Bevölkerungen waren nie vorhanden. Vielmehr bestehen bruchlose Übergänge in der Verteilung genetischer Merkmale. Die Menschheit war schon immer – auch über die Grenzen der Kontinente hinweg – genetisch miteinander verbunden.

(vgl. Kattmann Ulrich. Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, Bonn. Rassen? Gibt's doch gar nicht! Zugriff am: 08.04.2025. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/213673/rassen-gibt-s-doch-gar-nicht/>)

Kulturelle Leistungsfähigkeit, welche oft mit der Rassenlehre verknüpft wurde, hat nichts mit biologischen oder genetischen Determinanten zu tun. Vielmehr sind die biogeographischen Bedingungen

der Umgebung entscheidend. So war die Entwicklung der Schriftkulturen gebunden an den Anbau von Nutzpflanzen und die Züchtung von Haustieren. Diese Bedingungen waren z. B. im „Fruchtbaren Halbmond“ Kleinasiens (heutige Türkei, Syrien und Irak) in idealer Weise gegeben. Dort, aber z. B. auch in China und Indien, entwickelten sich Schriftkulturen und Staaten. Hätte man damals – als Gedankenspiel – die Bevölkerung von Kontinent zu Kontinent getauscht, so sähe die Bevölkerung vor Ort heute zwar etwas anders aus, die Kulturentwicklung und die Geschichte jedoch wären nicht wesentlich anders verlaufen. Es sind also nicht die genetischen Eigenschaften der Menschen, die Kultur schaffen.

Tatsächlich neigen wir Menschen aber trotzdem dazu zu kategorisieren. Und so schaffen wir uns fiktive Gliederungen und Annahmen in Form unbewusster Denkstrukturen und von Urteilen in unseren Köpfen. Wir Menschen hängen, abhängig von unserer Sozialisierung und unserer individuellen Auseinandersetzung mit der Thematik, der Vorstellung an, dass es „Rassen“ gibt, „Rassen“ mit unterschiedlichen Eigenschaften und Ausprägungen. Eine Vorstellung in uns, welche in unserem Denken und sozialen Interaktionen wirkmächtig ist.

Dies aus nachfolgenden Gründen mit entsprechenden Auswirkungen:

- Unser Denken tendiert dazu zu vereinfachen, was wie nachfolgend beschrieben vor sich geht.

„Um die Komplexität der Welt schnell erfassbar zu machen, werden Kategorien gebildet und Wahrnehmungen und Beobachtungen diesen Kategorien zugeordnet. Durch die Prägung unseres sozialen Umfelds übernehmen wir vorstrukturierte Kategorien: so werden beispielsweise Menschen in verschiedene Gruppen eingeteilt und gegeneinander abgegrenzt. Dies lässt wenig Raum für Übergänge oder Uneindeutigkeiten; es werden klare, an Kontrasten orientierte Grenzen gezogen. Welche Unterscheidungen wir treffen und welche Kategorien wir bilden, ist erlernt und nicht einfach gegeben.“

(vgl. Kattmann Ulrich. Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, Bonn.

Rassen? Gibt's doch gar nicht! Zugriff am: 08.04.2025. Verfügbar unter:

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/213673/rassen-gibt-s-doch-gar-nicht/>)

Tatsächlich versehen wir diese Kategorien auch mit Auf- und Abwertungen. Diese Wertungen können zu Vorurteilen (egal ob positiv oder negativ) führen. Demagogen und Populisten bedienen sich dieser Mechanismen (welche in jedem Menschen wirksam sind) zur eigenen Zielerreichung, indem zum Beispiel latent vorhandene Vorurteile unter der Bevölkerung / den Menschen verstärkt bzw. in bestimmte Richtungen gelenkt werden.

Maßnahmen zur Rassismus-Prävention:

Um den Rassismus zu bekämpfen, gibt es verschiedene Ansätze und Strategien. Ein wichtiger Schritt ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Bildung und Aufklärung. Schüler und Studenten, im Falle des ÖBH Soldaten und Soldatinnen, sollten ein Verständnis für die Geschichte und die Auswirkungen des Rassismus erlangen. Hierdurch können sie Vorurteile und Stereotype abbauen und sich kritisch mit den eigenen Überzeugungen und Handlungen auseinandersetzen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Stärkung von gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Hierzu gehört auch die Unterstützung von Organisationen, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen. Es ist wichtig, dass Gesetze und Regeln konsequent durchgesetzt werden, um Diskriminierung und Vorurteile zu bekämpfen.

Auch die Förderung von interkulturellem Austausch und interkultureller Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Bekämpfung des Rassismus. Hierdurch können Menschen unterschiedlicher Herkunft voneinander lernen und einander besser verstehen. Die Schaffung von multikulturellen Gemeinschaften kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und die Integration von Minderheiten zu unterstützen. Damit aber multikulturelle Gemeinschaften tatsächlich entstehen können, ist auf ethnische und soziale Durchmischung sowohl im Wohn- und Arbeits- als auch im Schulbereich zu achten. Diesbezüglich müssten staatliche Steuerungsmaßnahmen diskutiert und umgesetzt werden. Vorschläge, wie z. B. eine Residenzpflicht, sollten, abseits parteipolitischer Interessen, objektiv zur Diskussion gestellt werden können. In diesem Kontext kann auch das Bundesheer als „Schmelztiegel“ der Gesellschaft (aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht) zumindest in Teilbereichen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Werden die vorangestellten Aspekte berücksichtigt, kann man bedenkliche Entwicklungen wie die Herausbildung von Ghettos und die Entstehung von Parallelgesellschaften mit all den derzeit spürbaren negativen Entwicklungen hintanhalten.

Insgesamt ist die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eine große Herausforderung der modernen Weltgesellschaft. Es ist wichtig, sich aktiv für die Stärkung von Rechten, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und den Dialog zwischen verschiedenen Gruppen einzusetzen. Nur so kann die Vision einer friedlichen und gerechten Weltgemeinschaft erreicht werden.

Dazu müssen wir innerstaatlich beginnen und im Rahmen unserer Möglichkeiten über Aufklärung und Sensibilisierung positive Entwicklungen vorantreiben.

Wo steht Österreich derzeit, was Rassismus-Prävention betrifft?

Von Seiten des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport (BMKÖS iWf BMWKMS) wurde 2024 eine Antirassismus-Strategie (ARS) herausgegeben. Diese beinhaltet Ziele, Schwerpunktsetzungen, Steuerungsmaßnahmen und eine Maßnahmen-Übersicht. Abrufbar unter: bmwkms.gv.at

Weiter vorgesehen von Seiten der Bundesregierung ist die Erarbeitung eines „Nationalen Aktionsplans Menschenrechte in Österreich“ und einer „ganzheitlichen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus“.

Im Bundeskanzleramt ist, wie nachfolgend zitiert, angesiedelt die:

Hotline gegen Diskriminierung und Intoleranz

Für Betroffene von Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Herkunft oder Religion.

Die im Bürgerservice des Bundeskanzleramts angesiedelte Hotline möchte einerseits das Bewusstsein für dieses Thema erhöhen, andererseits Betroffenen durch eine Kooperation mit den wichtigsten bestehenden Antidiskriminierungsstellen zu ihren Rechten verhelfen.

Kontakt Servicezeiten: Montag bis Freitag, 8 bis 16 Uhr (werktags)

Telefon: **+43 (0) 800 222 666** (gebührenfrei aus ganz Österreich)

E-Mail: **antidiskriminierung@bka.gv.at**

Warum braucht es so eine Hotline?

Die Hotline erfüllt wichtige Funktionen:

- Sie hilft Betroffenen, an die richtige Stelle zu gelangen. Der Antidiskriminierungsbereich ist sehr komplex und als Außenstehender hat man oft nicht den Überblick, welche Stelle wofür zuständig ist. Dies überfordert die Betroffenen und nimmt ihnen die Motivation, ihr Recht einzufordern.
- Die Hotline soll das Bewusstsein dafür stärken, dass Diskriminierung in Österreich kein Kavaliersdelikt ist.
- Die Hotline soll dabei helfen, den Bekanntheitsgrad der Antidiskriminierungsstellen zu erhöhen.

Wo ist die Hotline angesiedelt?

Die Hotline wird vom Team des Bürgerservice im Bundeskanzleramt betrieben. Dieses steht gerne zur Hilfestellung bereit und leiten Sie an die richtige Antidiskriminierungsstelle weiter.

Was ist diese Hotline?

Die Hotline gegen Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten ist eine Vermittlungsstelle (Clearingstelle) für Betroffene von Diskriminierung aufgrund

- ihrer ethnischen Zugehörigkeit,
- ihrer Herkunft oder
- ihrer Religion.

Was macht die Hotline?

Die Hotline hört sich die Diskriminierungsfälle der Betroffenen an und verweist die Betroffenen je nach Anliegen an die richtige Antidiskriminierungsstelle weiter.

Partnerorganisationen

In Österreich gibt es eine Vielzahl an Antidiskriminierungsstellen, doch decken die Partnerorganisationen der Hotline durch ihre Beratungsleistung die Mehrheit an Diskriminierungsfällen ab. Bei besonderen Sachverhalten können diese auch an spezielle Einrichtungen verweisen.

Gleichbehandlungsanwaltschaft

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist eine unabhängige staatliche Einrichtung. Die Grundlage ihrer Arbeit ist das Gleichbehandlungsgesetz. Das Angebot der Gleichbehandlungsanwaltschaft ist kostenfrei und vertraulich. Betroffene wenden sich an die Gleichbehandlungsanwaltschaft, wenn sie sich in der Arbeitswelt (Privatwirtschaft) und in verschiedenen Lebensbereichen diskriminiert fühlen aufgrund

- ihrer Herkunft oder Hautfarbe,
- ihrer Religion oder Weltanschauung,
- ihres Geschlechts,
- ihres Alters,
- ihrer sexuellen Orientierung.

Bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft werden Sie beraten und unterstützt, Sie erhalten Erklärungen und werden über Ihre Rechte aufgeklärt und Ihr Fall wird dokumentiert. Es gibt 5 Beratungsstellen in Österreich: Wien, Graz, Klagenfurt, Linz und Innsbruck. Bei Bedarf kann für die Beratung auch eine Übersetzung organisiert werden.

Kontakt:

Gleichbehandlungsanwaltschaft, Zentrale Wien

Leopold-Moses-Gasse 4/1/2, 1020 Wien

Telefon (kostenfrei): 0800 206 119

Fax: 01 53 20-246

E-Mail: gaw@bka.gv.at

www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at

(Herausgeber: Bundeskanzleramt Österreich, 1010 Wien. Zugriff am: 10.07.2025. Verfügbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/service/hotline-gegen-diskriminierung-und-intoleranz.html>)

2.1 Ebenen des Rassismus:

Die Ebenen des Rassismus beschreiben die verschiedenen Arten von rassistischen Einstellungen, Handlungen und Praktiken, die in der Gesellschaft ausgeübt werden. Die Diskussion über die verschiedenen Ebenen des Rassismus hilft uns dabei, die komplexen dynamischen Prozesse zu verstehen, die zum systemischen und kulturellen Rassismus führen.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die wichtigsten Ebenen des Rassismus.

1. Individueller Rassismus:

Dieser Form des Rassismus wird mehr an Erklärung und Inhalt eingeräumt, betrifft individueller Rassismus doch uns alle in unserem Tun und Handeln.

Individueller Rassismus bezieht sich auf die persönlichen Einstellungen und Überzeugungen von Einzelpersonen gegenüber einer bestimmten „Rasse“ oder ethnischen Gruppe. Diese Art von Rassismus äußert sich in diskriminierenden Handlungen und Vorurteilen und kann von einer oder mehreren Personen ausgehen.

Individueller Rassismus tritt in vielen verschiedenen Formen auf, darunter:

a) Bewusster individueller Rassismus: Diese Form des Rassismus bezieht sich auf bewusste Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer „Rasse“. Ein Beispiel für bewussten individualistischen Rassismus ist, wenn ein Arbeitgeber eine Person aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert, indem er ihre Bewerbung nicht berücksichtigt.

Individueller (oder interpersoneller) Rassismus kann in vielen unterschiedlichen Bereichen stattfinden, darunter in der Schulausbildung, am Arbeitsplatz oder im Alltagsleben. Er kann dazu führen, dass sich Opfer ausgegrenzt und diskriminiert fühlen, und wirkt auf die kulturelle Teilhabe der Betroffenen ein.

Der Begriff „interpersonell“ schließt in diesem Zusammenhang auch bewusst rassistisches Handeln von Gruppen gegenüber Personen oder Gruppen mit ein.

b) Unbewusster individueller Rassismus: In einigen Fällen manifestiert sich Rassismus in unbewusster Form. Diese Art des Rassismus bezieht sich auf implizite Vorurteile, die eine Person gegenüber einer bestimmten „Rasse“ oder ethnischen Gruppe hat, obwohl sie es selbst nicht erkennt. Diese Art des Rassismus kann auf kulturelle Stereotype und Vorurteile zurückzuführen sein, die seit Generationen in der Gesellschaft verankert sind.

c) Internalisierter individueller Rassismus: Auf der anderen Seite kann individueller Rassismus auch durch internalisierte Überzeugungen und Vorurteile entstehen, die eine Person gegenüber der eigenen „Rasse“ oder ethnischen Gruppe hat. Dies kann bei einer Person aufgrund

von sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Faktoren wie Armut oder Diskriminierung auftreten, was viele Menschen dazu bringt, negativ über **sich selbst** und ihre Herkunft zu denken. Internalisierter individueller Rassismus kann dazu führen, dass die Betroffenen „Heilsversprechen“ gegenüber empfänglich werden. Heilsversprechen beinhalten eine Aufwertung der eigenen Persönlichkeit, also einen Ausweg aus der persönlichen Abwertung. Damit einher geht die Gefahr, dass sich Betroffene über derartige Prozesse verführen und manipulieren lassen.

Individueller Rassismus ist ein tiefgreifendes soziales Problem, das in vielen Ländern der Welt noch immer weitverbreitet ist. Um individuellen Rassismus zu bekämpfen, müssen wir in der Gesellschaft aktiv gegen Stereotype und Vorurteile vorgehen, aufklären und unser Denken und Handeln reflektieren und auf Veränderungen hinarbeiten. In diesem Kontext kann das Bundesheer über Reflexion und Aufklärung aktiv am „Mindset“ der Soldaten und Soldatinnen mitarbeiten.

2. Institutioneller Rassismus:

Institutioneller Rassismus bezieht sich auf rassistische Praktiken, Normen und Richtlinien, die in Institutionen wie Schulen und staatlichen Behörden verankert sind. Institutioneller Rassismus manifestiert sich häufig im politischen System und im Bildungssystem, kommt aber auch in der Wirtschaft und im Rechtssystem vor.

3. Struktureller Rassismus:

Struktureller Rassismus bezieht sich auf die Auswirkungen von institutionellem Rassismus auf die Gesellschaft als Ganzes, auf die Art und Weise, wie bestimmte ethnische Gruppen in Institutionen und Gesellschaftssystemen behandelt werden. Struktureller Rassismus tritt auf, wenn sich Rassismus in sozialpolitischen Entscheidungen, in der Kultur und im Wirtschaftssektor manifestiert. Infolgedessen beeinflusst der strukturelle Rassismus die Chancen von Menschen und Gruppen auf Bildung, Arbeitsplätze und im sozialen Leben.

4. Kultureller Rassismus:

Kultureller Rassismus bezieht sich auf rassistische Stereotype, Mythen und Vorurteile, die in der Gesellschaft und in den Medien verbreitet werden. Eine der Herausforderungen, die kultureller Rassismus darstellt, ist der Umstand, dass er oft subtil, tief verwurzelt und schwer zu beheben ist.

2.2 Rassismus aus Sicht von Hamed Abdel-Samad:

Einen alternativen, wenn auch umstrittenen Blick auf den Rassismus wirft der deutsche Autor und Islamkritiker Hamed Abdel-Samad. Dieser hat sich in seinen Werken intensiv mit dem Thema Rassismus auseinandergesetzt. Seine Thesen zur Entstehung und Verbreitung von Rassismus sind durchaus kontrovers und haben zu hitzigen Debatten geführt. Im Folgenden werden einige seiner Hauptaussagen zusammengefasst:

Thesis 1: Rassismus ist kein Naturgesetz, sondern eine soziale Konstruktion:

Abdel-Samad betont, dass die Idee von Rassismus als angeblich biologische Kategorie erst in der modernen Zeit entstanden sei. Die Vorstellung, die Menschheit lasse sich in Rassen einteilen, sei demnach nicht naturgegeben, sondern auf historische Entwicklungen zurückzuführen. Demgemäß ließen sich derartige Konstruktionen auch wieder aufbrechen.

Thesis 2: Der moderne Rassismus ist eine Folge der Aufklärung:

Abdel-Samad argumentiert, dass der moderne Rassismus eine direkte Folge der Aufklärung und der wissenschaftlichen Revolution sei. Durch die Entdeckungen der Geographie, der Biologie und der Anthropologie habe sich eine westliche Überlegenheitsideologie entwickelt, die in den Kolonialisationsprojekten des 19. Jahrhunderts und im Nationalismus des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt gefunden habe. Die Vorstellung, dass gewisse „Rassen“ anderen biologisch unterlegen seien, habe zu menschenverachtender Ausbeutung und Unterdrückung geführt.

Thesis 3: Rassismus ist keine exklusiv westliche Erscheinung:

Obwohl die Entstehung des modernen Rassismus vor allem auf westlich-christliche Entwicklungen zurückgehe, betont Abdel-Samad, dass Rassismus kein exklusiv westliches Phänomen sei. Auch außerhalb Europas gebe es Formen von Diskriminierung, die auf Vorstellungen von Über- und Unterlegenheit aufgrund von Abstammung basierten. So komme es zum Beispiel in asiatischen Ländern zu Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe oder ethnischen Zugehörigkeiten.

Thesis 4: Die Ursachen des Rassismus sind vielfältig und komplex:

Abdel-Samad stellt fest, dass es keine einfache Erklärung für die Entstehung und Verbreitung von rassistischen Ideologien gebe. Einflüsse wie historische Entwicklungen, politische Strukturen, soziale Umstände und individuelle Erfahrungen beeinflussten die Entstehung von Vorurteilen und Stereotypen. Zudem sei der Rassismus kein abgeschlossenes Phänomen, sondern verändere sich dauernd, abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und politischen Ereignissen.

Thesis 5: Eine Überwindung des Rassismus erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte:

Abdel-Samad ist der Überzeugung, dass eine Überwindung des Rassismus nur durch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte möglich sei. Solange die westlichen Gesellschaften ihre koloniale Vergangenheit nicht aufarbeiten und sich nicht mit ihren rassistischen Strukturen auseinandersetzen würden, werde der Rassismus weiterbestehen. Diese Aufarbeitung würde auch eine Anerkennung und Wertschätzung anderer Kulturen und Lebensweisen erfordern.

Insgesamt betont Abdel-Samad, dass Rassismus kein unveränderliches Naturphänomen sei, sondern eine sich ständig verändernde soziale Konstruktion. Eine Überwindung des Rassismus erfordere eine kritische Reflexion der eigenen Kultur, eine Anerkennung der Vielfalt der menschlichen Erfahrungen und eine Verpflichtung zur Anerkennung der Gleichheit aller Menschen.

Dabei betont Abdel-Samad jedoch, dass die Achtung der Gleichheit aller Menschen nicht bedeute, kulturelle oder religiöse Unterschiede zu negieren oder zu homogenisieren. Vielmehr sollten diese Unterschiede respektiert und als Teil der menschlichen Vielfalt anerkannt werden. In der Debatte um Rassismus und Diskriminierung kritisiert Abdel-Samad auch die oft polarisierten Positionen von links und rechts. Er ruft dazu auf, eine sachliche und differenzierte Diskussion zu führen und sich nicht in ideologischen Grabenkämpfen zu verlieren. Es sei wichtig, auch unangenehme Wahrheiten offen anzusprechen und gleichzeitig abzulehnen, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens pauschal diskriminiert würden.

Abdel-Samad selbst ist aufgrund seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Islam (dem er in einigen Bereichen Rassismus vorwirft) und seiner Positionen zu Einwanderung und Integration umstritten. So scheut er nicht die Diskussion darüber, islamischen Rassismus und Faschismus, auch im Kontext zu den Problemstellungen innerhalb Europas, zu thematisieren. Einige Kritiker werfen ihm vor, rassistische Stereotypen zu bedienen und Vorurteile zu schüren. Andere sehen in seinen Thesen jedoch einen Beitrag zu einer offenen und kritischen Debatte über Rassismus und Diskriminierung, auch von Seiten muslimischer Bevölkerungsanteile, in der westlichen Gesellschaft.

Häufig verteidigt Abdel-Samad seine Arbeit damit, dass er unangenehme Wahrheiten ausspreche, die von vielen innerhalb und außerhalb der muslimischen Gemeinschaft nicht gehört werden wollten. Er fordert eine offene Diskussion und einen ehrlichen Dialog über die Schwierigkeiten, die in der islamischen Welt bestehen, einschließlich des Rassismus. Er argumentiert, dass diese Diskussion für eine positive Veränderung notwendig sei und dass nur so echte Fortschritte erzielt werden könnten.

3. Der Autoritarismus:

Der Autoritarismus ist ein politisches System, das von einer starken zentralen Regierung, einer kontrollierten (nicht kontrollierenden) Opposition und begrenzten Bürgerrechten und -freiheiten geprägt ist. In einem autoritären System wird die Kontrolle über die Bevölkerung oft durch Zwang und Unterdrückung ausgeübt.

Die wichtigsten Merkmale des Autoritarismus sind:

1. Unterdrückung von politischer Opposition:

In autoritären Systemen wird politische Opposition unterdrückt und ist oft illegal. Oppositionsführer und politische Aktivisten können verhaftet, inhaftiert oder sogar getötet werden.

2. Zentrale Kontrolle:

Die Macht in autoritären Systemen konzentriert sich in den Händen einer kleinen Gruppe von Menschen. Entscheidungen werden von einer zentralen Institution getroffen.

3. Beschränkte Bürgerrechte und -freiheiten:

In autoritären Systemen sind Bürgerrechte und -freiheiten eingeschränkt. Die Regierung kann Zensur, Beschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie des Rechts auf freie Meinungsäußerung durchsetzen bzw. sonstige Grundrechte einschränken oder aussetzen.

4. Kontrollierte Medien:

Die Medien werden (teilweise oder im Ganzen) von der Regierung kontrolliert oder zensiert, um sicherzustellen, dass nur gewollte Berichterstattung stattfindet.

5. Mangelnde Rechenschaftspflicht:

In autoritären Systemen gibt es eine mangelnde Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber der Bevölkerung. Die Regierung kann nicht verpflichtet werden, ihre Entscheidungen oder Maßnahmen zu rechtfertigen oder Details darüber zu veröffentlichen.

Geschichte des Autoritarismus:

Bereits in der antiken Welt gab es politische Systeme, die Züge dessen hatten, was man heute „autoritär“ nennt, wie z. B. das Römische Reich.

Im 20. Jahrhundert können als Beispiele für autoritäre Regime in Europa das Regime von Adolf Hitler und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und das der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR, heute Russland) genannt werden. Tatsächlich waren diese Regime aber nur in ihrer Anfangszeit als autoritär einzustufen. In der Folge entwickelten sich aus diesen Regimen totalitäre Systeme.

Weitere autoritäre Regime in Europa herrschten in Spanien bis 1977 unter Francisco Franco, gestorben 1975, (rechtsgerichtete Diktatur), in Portugal bis 1974 unter António de Oliveira Salazar (ständestaatlich orientierte autoritäre Diktatur) und in Griechenland von 1967 bis 1974 unter Führung des Militärs (Militärdiktatur).

In Österreich kam es von 1933 bis 1938 zu einer Phase autoritärer Herrschaft, die nach der Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß begann (ständestaatlich orientiert, „Austrofaschismus“).

Aber auch in der Gegenwart werden viele Länder weltweit autoritär geführt und weisen entsprechende Staatsstrukturen auf. Grundsätzlich nimmt die Zahl autoritärer Systeme, weltweit betrachtet, seit ca. 2010 deutlich zu.

Autoritarismus ist ein komplexes Konzept, das unterschiedliche Ausprägungen aufweisen kann. Daher gibt es verschiedene Ansätze, um das Phänomen zu erfassen und zu erklären. Hier sind einige Aspekte, die für ein umfassendes Verständnis des Autoritarismus von Bedeutung sind.

Ursachen des Autoritarismus:

Es gibt verschiedene Faktoren, die die Entstehung und das Fortbestehen autoritärer Regime begünstigen können. Dazu gehören zum Beispiel politische Instabilität, wirtschaftliche Krisen, soziale Ungleichheit und ethnische Konflikte.

Auch der Einfluss externer Akteure, wie beispielsweise andere Staaten oder im Digitalbereich, kann in der Herausbildung oder dem Erhalt autoritärer Systeme eine Rolle spielen. Ziel ist es meist, über eine Destabilisierung bestehender demokratischer Systeme den Boden für ein autoritäres System zu bereiten.

Ein Faktor, der zur Aufrechterhaltung bestehender autoritärer Systeme beiträgt, ist die Legitimität der Regierung in den Augen der Bevölkerung. Wenn die Bevölkerung die Herrschaftsform als gerechtfertigt ansieht, besteht eine geringere Wahrscheinlichkeit, dass es zu Widerstand oder Opposition kommt. Häufig konstruieren derartige Systeme daher zum Legitimationserhalt einen Feind, fiktiv oder real.

So hat Russland z. B. eine Liste feindlicher Länder erstellt. Auch müssen sich NGOs in Russland als „ausländische Agenten“ registrieren lassen und sind entsprechenden Sanktionierungen unterworfen.

Auswirkungen des Autoritarismus:

Autoritäre Regime haben verschiedene Auswirkungen auf die betroffenen Gesellschaften und auf die internationalen Beziehungen. Eine der offensichtlichsten Folgen ist die Unterdrückung von Oppositionsgruppen und das Fehlen von freien und fairen Wahlen. Dadurch werden auch die Bürgerrechte und -freiheiten eingeschränkt, was zu einer Einschränkung der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit führt. Dies kann wiederum eine negative Auswirkung auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes haben. International kann der Autoritarismus zu Konflikten und Instabilität beitragen, insbesondere, wenn benachbarte Länder in den Konflikt hineingezogen werden oder wenn es um den Zugang zu Rohstoffen oder anderen Ressourcen geht.

Kontroversen und Kritik am Autoritarismus:

Der Autoritarismus ist seit langem ein kontroverses Thema in der politischen Debatte. Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob autoritäre Regime gerechtfertigt oder akzeptabel sind. Einige argumentieren, dass die Einschränkung von Bürgerrechten notwendig sei, um politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Andere hingegen sehen den Autoritarismus aufgrund der Ablehnung und Einschränkung der demokratischen Werte und Rechte als eine Bedrohung für die Freiheit und die Rechte der Menschen.

Tatsächlich ist es wichtig, in Diskussionen zur Thematik „um die Ecke“ zu denken. Es gibt Bevölkerungsanteile, Wähler und Wählerinnen (auch in Österreich bzw. im westlich geprägten Europa), welche autoritärem Regieren viel abgewinnen können.

Um im Kontext damit argumentieren und diskutieren zu können, muss man die angesprochenen Positionen und Meinungen (und vor allem die dahinterstehenden Ängste, Verlustsorgen, Hoffnungen etc.) erkennen und anerkennen (was nicht bedeutet, dass man derartige Positionen teilt). Erst dann ist man in der Lage, die zugrundeliegenden Annahmen und Erzählungen zu bearbeiten, Widersprüche aufzuzeigen und damit in eine Diskussion zu kommen.

Ein Sonderfall am Weg zum Autoritarismus – die „illiberale Demokratie“:

Der Ausdruck wird in jüngerer Zeit benutzt, um eine autoritäre Art der repräsentativen Demokratie zu benennen. Die Herkunft des Begriffes lässt sich nicht genau zuordnen, wird aber am ehesten noch Fareed Zakaria zugesprochen, welcher den Ausdruck wohl erstmals 1997 prominent im politischen Journal „Foreign Affairs“ verwendete.

Unter einer illiberalen Demokratie kann ein System verstanden werden, das den institutionellen Anforderungen an eine Demokratie genügt, einschließlich der politischen Freiheiten, in dem aber realpolitisch demokratische Rechte und Freiheiten eingeschränkt sind.

Susanne Pickl führt dazu in „Was ist Demokratie?“ wie folgt aus:

„Werden Wahlen nur unregelmäßig durchgeführt oder Parteien bei der Gründung, Betätigung oder im Wettbewerb um Wählerstimmen beschränkt, dann sind diese politischen Systeme keine Demokratien mehr. Häufig verletzen sie weitere Kerninstitutionen der Demokratie und schränken beispielsweise bürgerliche Freiheiten und politische Rechte ein, beschneiden das Wahlrecht für Teile der erwachsenen Bevölkerung, überlassen wirtschaftlichen oder militärischen Eliten, die nicht durch Wahlen legitimiert sind, Entscheidungsbefugnisse oder Vetorechte, umgehen bei der Entscheidungsfindung das Parlament oder wirken auf illegitime Art und Weise auf die Justiz ein. (...) Solche Systeme tragen so viele Eigenschaften autokratischer politischer Systeme in sich, dass sie als ‚hybride Regime‘ oder ‚elektorale Autokratien‘ bezeichnet werden. Oft geben sie sich fantasievolle Adjektive als Eigen-

bezeichnung, um den Anschein zu erwecken, noch den Standards demokratischer Herrschaft zu entsprechen. Sie tun es nicht. Weder ‚illiberale‘ (Ungarn), ‚gelenkte und souveräne‘ (Russland) noch ‚nationale‘ Demokratien (Türkei) sind (vollständig) demokratische politische Ordnungen. (...) So wie ein Tisch kein Stuhl ist, trifft die Bezeichnung Demokratie nicht zu, wenn die grundlegenden Definitionsmerkmale nicht vorhanden sind. Das Konzept wird überdehnt und verliert seine eigentliche Bedeutung und Funktion.“

(Susanne Pickl. Aus Politik und Zeitgeschichte, 2024. Was ist Demokratie? Zugriff am: 10.07.2025. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-in-gefahr-2024/549904/was-ist-demokratie/#footnote-target-9>)

Wie vorab angeführt, vertritt bzw. steht Viktor Orbán in Ungarn für die Idee der illiberalen Demokratie. Er legt den Schwerpunkt auf die Stärkung der nationalen Identität, die Autorität des Staates und die Unterstützung traditioneller Werte und Normen. Politische Macht und Kontrolle wird zentralisiert und politische Opposition und Bürgerrechtsgruppen werden unterdrückt bzw. eingeschränkt. Minderheiten kommen zunehmend unter Druck.

Illiberale Demokratien sind in einigen demokratischen Staaten am Vormarsch. Die EU und andere internationale Organisationen kritisieren, dass in diesen Staaten die Rechte der Bürger, der unabhängigen Gerichte und der freien Medien eingeschränkt werden. Zumindest teilweise ist die EU über ihre Institutionen in der Lage, diesbezüglich Druck auszuüben und gewisse grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien einzufordern.

Insgesamt bleibt die illiberale Demokratie eine höchst umstrittene Idee, sowohl innerhalb als auch außerhalb der betroffenen Länder. Die Befürworter argumentieren, dass die Stärkung der nationalen Souveränität und die Konzentration auf traditionelle Werte und Normen notwendig seien, um die Kultur und Identität der Nation zu bewahren. Die Kritiker hingegen führen an, dass die Einschränkung der Freiheit und der Demokratie den Weg zu einer autoritären Herrschaft ebne.

Fazit:

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Autoritarismus ein komplexes Phänomen ist, das in vielen Ländern immer noch existiert. Wenn auch autoritäre Regime in einigen Fällen eine gewisse politische Stabilität oder wirtschaftliche Entwicklung hervorbringen können, geht dies auf Kosten der Bürgerrechte und -freiheiten. Darüber hinaus können autoritäre Regime den internationalen Frieden beeinträchtigen und die globale Stabilität gefährden. Die Weiterentwicklung eines autoritären Staates in Richtung Totalitarismus ist einfacher und leichter, als es aus der Position eines demokratischen Staates heraus möglich wäre.

4. Der Totalitarismus:

Der Begriff Totalitarismus beschreibt eine politische Herrschaftsform, die in der Geschichte des 20. Jahrhunderts weit verbreitet war. Hier werden die Merkmale des Totalitarismus, seine wichtigsten Vertreter und seine historische Entwicklung behandelt.

Entwicklung und Merkmale des Totalitarismus:

Der Totalitarismus ist eine politische Herrschaftsform, in der der Staat eine totale Kontrolle über die Gesellschaft ausübt. Das bedeutet, dass der Staat nicht nur die politische Macht hat, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Struktur kontrolliert. Es wird also die gesamte Gesellschaft, beginnend mit den Kindern, über Schule, Bildung, Vereine, Kultur etc., ideologisch indoktriniert.

Es gibt einige Merkmale, die typisch sind für totalitäre Regime:

1. Einzelne Führungsperson:

In einem totalitären System wird die Macht von einer einzelnen Person oder einer kleinen Gruppe ausgeübt. Diese Person oder Gruppe hat die vollständige Kontrolle über alle Aspekte des Staates und der Gesellschaft. Das bedeutet, dass keine andere Gruppierung oder Partei die Möglichkeit hat, die politischen Entscheidungen des Führers oder der Führungselite zu beeinflussen.

2. Ideologie:

Die Ideologie spielt eine zentrale Rolle im Totalitarismus. Die Ideologie dient als Leitfaden für die politischen Entscheidungen und die Lebensweise der Gesellschaft. Die Ideologie ist die allein verbindliche Weltansicht und schließt andere Denkrichtungen aus. Sie bildet die (scheinbar) moralische Grundlage für Handlungen und Entscheidungen, auch wenn diese unmenschlich sind (z. B. in Form von Rassismus).

3. Kontrolle der Medien:

Die Medien spielen in einem totalitären System eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Gesellschaft. Die Medien verbreiten ausschließlich die Ideologie des Regimes und helfen damit, eine kritische Meinungsbildung zu verhindern. Die Verbreitung von Informationen ist auf bestimmte Themen und Haltungen beschränkt. Somit wird die öffentliche Meinung systematisch gelenkt.

4. Gewalt und Terror:

Ein weiteres wesentliches Merkmal des Totalitarismus ist der systematische Einsatz von Gewalt und Terror. Der Staat nutzt Gewalt, um die Menschen gefügig zu machen und um politische Entscheidungen durchzusetzen. Sie dient der Einschüchterung und Unterdrückung von Kritikern, der Bekämpfung politischer Gegner sowie der Abschreckung von möglichem Widerstand.

5. Polizeistaat:

Totalitäre Staaten sind Polizeistaaten, damit die Macht der Regime gesichert bleibt. Es gibt einen großen Sicherheitsapparat, der sich gegen alles wendet, was nicht Teil des Systems oder gegen das System ist. Er wird eingesetzt, um sowohl die Menschen zu überwachen als auch die politischen Gegner zu verfolgen. Mit Geheimdienstmethoden werden die Bürger ständig unter Kontrolle gehalten.

6. Propaganda:

Ein weiteres Merkmal des Totalitarismus ist die Propaganda. Totalitäre Regime betreiben Propaganda, um ihre Ideologie zu verbreiten und ihre politischen Entscheidungen zu rechtfertigen. Die manipulierte Information in Form von Propaganda dient dazu, eine perfekte Welt zu suggerieren, indem die Realität einseitig verzerrt dargestellt wird. Die Propaganda soll die Menschen auch zum Handeln im Dienste der Ideologie motivieren.

Historische Beispiele:

In der Geschichte gab es mehrere Regime, die als totalitär bezeichnet werden können. Die bekanntesten sind das nationalsozialistische Regime in Deutschland, das stalinistische Regime in der Sowjetunion und das maoistische Regime in China.

Der Nationalsozialismus in Deutschland:

Folgende Merkmale waren für den Nationalsozialismus charakteristisch:

- Adolf Hitler als allmächtiger „Führer“ mit absoluter Autorität.
- Keine Gewaltenteilung: Alle Macht ging vom Führer aus.
- Loyalität zu Hitler war über Partei und Staat gestellt.
- Verhaftungen, KZ, Folter, Ermordung politischer Gegner (Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Geistliche etc.).
- Kontrolle durch ein System aus Angst, Überwachung und Denunziation.
- Völkisches Denken, Antisemitismus, Sozialdarwinismus.
- Ziel: „Reinhaltung der arischen Rasse“ → Verfolgung von Juden, Roma u. Sinti u.a., Slawen, Menschen mit Behinderung.
- Der Holocaust (industrieller Massenmord an ca. 6 Millionen Juden).
- Hitler-Kult und Feindbilder (z. B. „Jude“, „Bolschewik“) wurden verbreitet.
- Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Schule und Hitlerjugend (HJ).
- Erziehung zur bedingungslosen Treue gegenüber dem Führer, zu Gehorsam und Opferbereitschaft.

- Alle gesellschaftlichen Bereiche (Kultur, Bildung, Justiz, Vereine) wurden der NS-Ideologie untergeordnet.
- Vorbereitung auf Krieg und Expansion („Lebensraum im Osten“).
- Ziel war ein großgermanisches Reich unter NS-Herrschaft.

Der Stalinismus in der Sowjetunion:

Folgende Merkmale waren für den Stalinismus (vor allem in den 1930er bis frühen 1950er Jahren) charakteristisch:

- Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) hatte das alleinige Machtmonopol.
- Partei und Staat wurden unter Josef Stalin faktisch eins.
- Stalin wurde als „Vater der Nation“, „genialer Führer“ oder „größter Denker aller Zeiten“ verehrt. Seine Entscheidungen galten als unfehlbar.
- Einsatz von Geheimpolizei, Verhaftungen, Deportationen, Folter, Zwangsarbeit (Gulag-System).
- Die „Großen Säuberungen“ (1936–1938): Hunderttausende wurden hingerichtet oder verschwanden in Lagern.
- Jeder konnte als „Volksfeind“ denunziert werden – auch Parteimitglieder oder Vertraute Stalins.
- Einführung von Fünfjahresplänen zur Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft.
- Zwangskollektivierung führte zu massiven Hungersnöten (z. B. „Holodomor“ in der Ukraine, Millionen Tote).
- Nur linientreue Kunst war erlaubt (sozialistischer Realismus).
- Systematische Ideologisierung der Gesellschaft: in Schule, Arbeit, Freizeit.
- Vermittlung der „Lehre des Marxismus-Leninismus“ in stalinistischer Auslegung.
- Ziel: der „neue sozialistische Mensch“ – vollständig dem Staat untergeordnet.
- Denunziationen unter Nachbarn, Freunden oder sogar in der Familie waren alltäglich.
- Misstrauen wurde systematisch geschürt – ein zentrales Mittel zur Kontrolle.

Der Maoismus in China:

Folgende Merkmale waren für den Maoismus unter Mao Zedong charakteristisch:

- Der Maoismus war eine allumfassende Ideologie, die alle Lebensbereiche durchdrang.
- Es wurde erwartet, dass alle Bürger sich der maoistischen Lehre unterwerfen.
- Die „Kulturrevolution“ (1966–1976) hatte das Ziel, „konterrevolutionäre“ Denkweisen auszumerzen – auch innerhalb der Partei.
- Indoktrination begann schon in der Schule, die „Mao-Bibel“ (kleines, rotes Büchlein mit den ideologischen Grundsätzen) wurde zur Pflichtlektüre.

- Während der „Kulturrevolution“ kam es zu Millionen von Toten.
- „Rote Garden“ (oft Jugendliche) setzten Maos Willen auch gewaltsam durch.
- Radikale Kollektivierung und Industrialisierung im „Großen Sprung nach vorn“.
- Privateigentum wurde abgeschafft.
- Die staatliche Planwirtschaft führte zu katastrophalen Ergebnissen und Hungersnöten mit geschätzt 30–45 Millionen Toten.
- Mao wurde fast religiös verehrt – als „großer Steuermann“ oder „rote Sonne“, seine Worte galten als unfehlbar.
- Widerspruch galt als Hochverrat oder „Konterrevolution“.
- Durch Kampagnen wie „Hundert-Blumen-Bewegung“, „Großer Sprung nach vorn“ und „Kulturrevolution“ wurde die Bevölkerung ständig zu ideologischem Eifer angetrieben.
- Der Staat versuchte, jeden Bereich des Lebens zu politisieren.

Fazit:

Der Totalitarismus ist eine politische Herrschaftsform, die im 20. Jahrhundert weitverbreitet war und sich durch eine totale Kontrolle des Staates über alle Aspekte der Gesellschaft auszeichnete. Die ideologischen Ziele sollten durch Propaganda und Terror durchgesetzt werden. Diese Form der Herrschaft führte zu unfassbaren Gräueltaten, die Millionen von Menschen das Leben kosteten.

In vielen Ländern gibt es eine Geschichte des Totalitarismus. Diese Geschichte muss sorgfältig dokumentiert und studiert werden, um die Zukunft demokratisch zu gestalten. Es ist unerlässlich, dass die Errungenschaften der offenen Gesellschaften, wie die Demokratie sowie die Freiheit und das individuelle Recht der Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben, geschützt werden.

Allerdings ist der Totalitarismus keineswegs Geschichte, sondern immer noch Realität. So kann z. B. Nordkorea als klassisch totalitäres System gesehen werden. China und Russland sind Systeme, welche sich derzeit (2025) zunehmend von autoritären Systemen hin zu totalitären Systemen entwickeln.

4.1 Die Abgrenzung des Totalitarismus zum Autoritarismus:

Autoritarismus und Totalitarismus sind zwei Begriffe, die oft synonym verwendet werden, aber es gibt Unterschiede zwischen den beiden Konzepten.

Autoritarismus bezeichnet im Allgemeinen eine Form der Regierung oder der Herrschaft, bei der ein Individuum oder eine Gruppe von Individuen eine beträchtliche Macht über die Regierung und die Gesellschaft ausüben. Es kommt allerdings zu keiner durchgehenden ideologischen Indoktrination der Bevölkerung über Bildung, Kultur und Sozialwesen. Diese Art der Herrschaft kann durch Gewaltenteilung gemildert werden, die z. B. dabei helfen kann, den Missbrauch von Autorität zu verhin-

dern. Trotzdem sind autoritäre Regime durch Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gekennzeichnet und arbeiten ohne breite Konsultationen (politischen Diskurs), um politische Entscheidungen zu treffen.

Totalitarismus hingegen bezieht sich auf eine Herrschaft, bei der der Staat umfassende Kontrolle über alle Aspekte des individuellen Lebens anstrebt. Eine totalitäre Regierung versucht, das private, öffentliche und politische Leben ihrer Bürger zu kontrollieren. Es gibt in der Regel nur eine herrschende Partei oder eine kleine Gruppe von Führern, die die vollständige Kontrolle über den Staat und die Gesellschaft hat. Im Gegensatz zum Autoritarismus gibt es im Totalitarismus keine Gewaltenteilung.

Entwicklungen international:

Die britische „Economist Intelligence Unit“ veröffentlicht jedes Jahr einen „Demokratie-Index“. Noch nie war der Anteil der Weltbevölkerung (seit Veröffentlichungsbeginn 2006), der in einer Demokratie lebte, so gering wie 2023. Weltweit leben mehr als ein Drittel der Menschen in einer Diktatur. Der Anteil der autoritär regierten Staaten ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Der Index beurteilt die Länder anhand verschiedener Fragen in den Kategorien Wahlprozess und Pluralismus, Funktionieren der Regierung, politische Partizipationsmöglichkeiten, demokratische Kultur und Bürgerrechte. Der Bericht verdeutlicht, dass es in vier der genannten Kategorien in der weltweiten Entwicklung Rückschritte gibt.

Fazit:

Die Übergänge sowohl von einer Demokratie hin zu einer illiberalen Demokratie als auch von einer illiberalen Demokratie hin zu einem autoritären System und als extremste Entwicklung weiter zu einem totalitären System sind fließend. Die Einschränkungen von Grundrechten, Freiheiten und demokratischen Errungenschaften erfolgen Schritt für Schritt, oft unauffällig und nur mehr schwer rückgängig zu machen.

Darin liegt zum einen die Gefahr, zum anderen aber auch der Auftrag an all jene, welche sich die Verteidigung unserer liberalen Demokratie zur Aufgabe gemacht haben.

5. Die „Demokratische Identität“:

In homogenen Gesellschaften stellt bzw. stellte sich die Frage nach der „Demokratischen Identität“ bisher wenig bis kaum. In zunehmend heterogenen Gesellschaften gewinnt die Fragestellung nach DER Demokratischen Identität aber zunehmend an Bedeutung, dies vor allem auch deshalb, weil im Kontext vermehrter gesellschaftlicher Verwerfungen populistische Strömungen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Gesellschaftliche Verwerfungen – also tiefgreifende Spannungen, Krisen oder Umbrüche innerhalb einer Gesellschaft – entstehen in der Regel durch das Zusammenwirken mehrerer Faktoren. Hier sind einige zentrale Gründe angeführt:

1. Ökonomische Ursachen:

- Wachsende soziale Ungleichheit: Wenn Reichtum und Chancen ungleich verteilt sind, fühlen sich Teile der Bevölkerung abgehängt.
- Arbeitslosigkeit und Prekarisierung: Verlust von Arbeit oder unsichere Jobs führen zu Existenzängsten.
- Wirtschaftskrisen: Rezessionen oder Finanzkrisen erzeugen Druck auf soziale Systeme und Lebensstandards.

2. Politische Ursachen:

- Vertrauensverlust in Institutionen: Korruption, Intransparenz oder Untätigkeit lassen das Vertrauen in Politik und Verwaltung sinken.
- Polarisierung: Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung, zunehmende Kompromissunfähigkeit.

3. Soziale und kulturelle Ursachen:

- Demografischer Wandel: Alternde Gesellschaften oder veränderte Familienstrukturen belasten das soziale Gefüge.
- Migration und Integration: Mangelhafte Integration kann Ängste und Ressentiments schüren und zu sozialen Problemen und Spannungen führen.

4. Technologische Ursachen:

- Digitalisierung: Wandel von Arbeit und Kommunikation kann Überforderung und Ausgrenzung erzeugen.
- Desinformation: Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien untergräbt den gesellschaftlichen Konsens.

5. Ökologische Ursachen:

- Klimawandel: Umweltkatastrophen, Ressourcenknappheit und Klimaflucht destabilisieren Gesellschaften.

6. Psychologische und emotionale Ursachen:

- Angst und Unsicherheit: Schnelle und tiefgreifende Veränderungen erzeugen ein Gefühl des Kontrollverlusts.
- Entfremdung: Menschen fühlen sich nicht mehr als Teil der Gesellschaft oder von den Eliten nicht mehr repräsentiert.

Die Gründe für die angeführten gesellschaftlichen Verwerfungen sind wie vorab angeführt vielfältig. Innerhalb der westeuropäischen Gesellschaften wird aber aktuell vor allem das Thema Migration und Integration und deren Auswirkungen auf die etablierten Strukturen intensiv diskutiert.

Häufig verlaufen diese Diskussionen wenig produktiv, sondern tatsächlich bestehende Problemstellungen aufgrund vergangener massiver Migrationswellen, gekoppelt mit einer mangelnden bzw. teilweise gescheiterten Integration, werden abseits einer objektiven Analyse politisch instrumentalisiert. Diese Vorgänge befeuern gesellschaftlich gesehen die Polarisierung. Was folgt sind Ausgrenzungsprozesse, in deren Folge Integration noch schwieriger wird.

Es bedarf also einer Analyse der Situation, aber auch der Festlegung von Maßnahmen, um dieses sich selbst erhaltende System von Ursache und Wirkung zu durchbrechen.

Aus diesem Grund wird nachfolgend diskutiert, was unter Demokratischer Identität denn eigentlich verstanden werden und was deren Nutzen sein kann.

5.1 Gesine Schwan und die individuelle und kollektive Identität:

Nach Gesine Schwan setzt sich die Identität aus der individuellen und der kollektiven Identität zusammen.

Die *individuelle Identität* ist in die kollektive Identität eingebettet. Beide Identitäten basieren auf Erinnerung. So gesehen konstituiert sich aus dem individuellen Erleben, den Erfahrungen, den Rollen, die man im Leben einnahm, wie auch aus den Konflikten, welche man zu bewältigen hatte, die individuelle Identität. Wichtig in dem Kontext ist, dass biographische Konflikte und Widersprüche nicht ausgeblendet, sondern bewusst in die Identität integriert werden.

Die *kollektive Identität* setzt sich aus dem gemeinsamen Verständnis, der gemeinsamen Interpretation der Vergangenheit zusammen. So gesehen existiert kollektive Individualität nicht für sich, sondern wird über das Verstehen und Wollen der Individuen (der Gemeinschaft) geschaffen. Erinnerung an Geschehenes und die Akzeptanz des Gewesenen spielen daher in der Ausbildung der kollektiven Identität eine große Rolle.

Individuen tendieren dazu, unangenehme Erfahrungen, wie z. B. Demütigung, Unterdrückung, Schuld etc., auszublenden. Dies dient einer positiven Strukturierung des Selbstbildes und des Selbstwertes, sowohl individuell als auch kollektiv. Gerade aber derartige Erfahrungen sind für die Konstitution einer demokratisch-politischen Identität von essentieller Bedeutung, machen derartige Erfahrungen doch den/einen moralischen/ethischen Unterschied greifbar und damit erlebbar. Gerade aus derartigen Reflexionsprozessen zu selbst erlittenem Unrecht kann Verständnis für die Situation anderer und zu Unrechtsprozessen allgemein erwachsen.

(vgl. Schwan, Gesine. Herausgeber: Schader Stiftung, 2006. Demokratische Identität. Die Konstitution demokratischer politischer Identität in nachdiktatorischen Gesellschaften. Ausgegeben am 22.12.2024. Verfügbar unter: <https://www.schader-stiftung.de/themen/demokratie-und-engagement/fokus/teilhabe/artikel/demokratische-identitaet-die-konstitution-demokratischer-politischer-identitaet-in-nachdiktatorische>)

Nach Gesine Schwan braucht es, um Demokratische Identität zu leben und leben zu können, einen *demokratisch-normativen Grundkonsens*. Darunter versteht sie eine informelle Übereinkunft der Bürgerschaft eines Staates über die Grundregeln der Demokratie in Politik und Gesellschaft, beruhend auf dem Souverän, dem Volk, sowie den dazu festgelegten Normen. Nach Schwan liegt dem ein skeptisches Weltbild zugrunde. Damit gemeint ist, dass den Individuen sehr wohl zugetraut wird, gemeinsame Angelegenheiten kooperativ und friedlich zu regeln, aber dass dennoch auch die Korrumpierbarkeit von Menschen durch Macht als ein möglicher Aspekt im Auge behalten wird.

Als Gegenstück zum demokratisch-normativen Grundkonsens definiert Gesine Schwan die *diktatorisch-politische Identität*. Kennzeichen einer solchen seien: keine rechtlich gesicherte Kontrolle der Politik und keine pluralistisch organisierte und durch das Volk begründete politische Willensbildung. Es geht um Unterwerfung und Anpassung, um mögliche Eingriffe in die Würde und Integrität des Individuums durch den Staat. Häufige Folgen im Kontext dazu sind Gefühle der Hilflosigkeit, der Inkompetenz und der Schwäche bei den Menschen. Daraus entwickelt sich meist eine individuelle und kollektive Gefühllosigkeit sowie eine Reduzierung von Empathie und von Schuldgefühlen (man neigt dazu „wegzuschauen“). Praktisch gesehen werden Unrecht, Ausgrenzung, Verfolgung etc. weniger bis gar nicht mehr wahrgenommen. Kennzeichen einer solchen Gesellschaft ist auch ein Rückzug in den Privatbereich.

Ein entscheidender Aspekt nach Schwan ist das *Bürgerethos*. Es geht im Rahmen des Bürgerethos um die Fertigkeiten, Fähigkeiten und Aktivitäten, die die Individuen in gesellschaftliche Prozesse einbringen können und sollen. Es geht um die Teilhabe und um den individuellen gesellschaftlichen Beitrag. Es geht zum einen um Verständnis und Toleranz, aber auch um das Entstehen und das Aufstehen dafür, wenn es zu Verletzungen dieser Prinzipien kommt. Es geht um die Anerkennung der Pluralität, welche in der Freiheit der Mitbürger ihren Ausdruck findet. Es geht um Mäßigung und Offenheit, also darum, im Sinne demokratischer Prozesse soziale Ausgewogenheit zu suchen (ohne möglicherweise selbst Nutznießer zu sein) und Problemstellungen offen und frei anzusprechen. Es geht nicht um Loyalität und Treue, welche teils als Kadavergehorsam und blindes Vertrauen gelebt werden, sondern um eine „gesunde“ Skepsis und Kontrollbereitschaft. Es geht darum, die Mitte zu wahren!

Fazit:

Die Identitäten (individuell und kollektiv) der zugewanderten und der angestammten Bevölkerung unterscheiden sich zum Teil. Manche haben, abhängig vom Herkunftsland, eine diktatorisch-politische Identität. Auch das Bürgerethos kann differieren. Diese Grundstrukturen und Unterschiede in den Identitäten gilt es zu analysieren und analog dazu sollten Maßnahmen entwickelt werden, welche zumindest eine gemeinsame Basis-Identität ermöglichen.

5.2 Saskia Wendel und die Identität der Differenz:

Saskia Wendel meint dazu, dass Demokratische Identität „(...) wenig mit einer absoluten Identität zu tun hat, in der alle Differenzen aufgehoben sind. Demokratische Identität folgt vielmehr dem Modell einer Identität der Differenz, einer ‚Konstellation des Unterschiedenen‘.“

(Wendel, Saskia (Hrsg.): Was ist und wie entsteht demokratische Identität? Göttingen, 2014. Seite 10.)

Demokratie ist demgemäß ein „Abenteuer“, ein andauernder Prozess, eine ständige Hinterfragung der Machtausübung. Daraus folgernd sind Entscheidungen im demokratischen Prozess oft mühsam, erfordern Diskussion und Überzeugungsarbeit. Häufig sind diese Prozesse auch Beeinflussungen und Klienteldenken ausgesetzt. Damit einhergehend ist ein Aspekt wichtig, nämlich, dass die Bereitschaft zu Konsens und Kompromiss zwar wichtig ist, aber auch die Bereitschaft zu Konflikt, Wettbewerb und Auseinandersetzung.

Das Verführerische an autoritären oder totalitären Konzepten sind unter anderem die angebotenen „einfachen Lösungen“. Mit diesen „einfachen Lösungen“ arbeiten auch Populisten, Verschwörungserzähler etc.

Ein Teil einer gelebten Demokratischen Identität ist es daher auch zu akzeptieren, dass wir in einer Gesellschaft zusammenleben, in welcher Widersprüche und widerstreitende Interessen zulässig, ja sogar erwünscht sind. Somit sind Aspekte von Demokratie auch Heterogenität, Komplexität und Frustration – Aspekte, die oft als Nachteil gesehen werden und möglicherweise die Sehnsucht nach einem starken Führer (die es gemäß aktuellen Untersuchungen in Österreich auch gibt) befeuern. Das Suchen und Erarbeiten von Kompromissen und Konsens gehört aber ganz wesentlich zur Demokratischen Identität, um die Interessen aller Betroffenen zu berücksichtigen.

Fazit:

Demokratische Identität meint daher nicht eine Gleichschaltung aller, sondern vielmehr die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit und die Schaffung von Gemeinsamkeit. Dazu bedarf es einer permanenten gesamtgesellschaftlichen Diskussion auf Basis unseres demokratischen Wertesystems sowie die Bereitschaft zu Kompromiss und Konsens.

Diesen oft als „anstrengend“ empfundenen Prozessen der Diskussion und Kompromissfindung sind die Vorteile des demokratischen Systems (im Sinne der Berücksichtigung aller Interessen) gegenüberzustellen.

5.3 Mathias Katzer und die Prinzipien zur Demokratischen Identität:

Mathias Katzer definiert in seinen Ausführungen Modelle der Akzeptanz, damit demokratische Regeln und in Folge Demokratische Identität „gelebt“ werden können. Grundsätzlich führt er zur Demokratischen Identität aus, dass das Mehrheitsprinzip als konkrete Verfahrensregel einer Demokratie noch von anderen Prinzipien flankiert werden muss. Diese Prinzipien, wie z. B. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, stellen die gleichberechtigte Teilnahme am politischen Diskurs sicher. Es sind weiters individuelle Freiheiten festzulegen bzw. festzuschreiben, welche auch gegenüber Mehrheitsentscheidungen Bestand haben müssen. Wäre dem nicht so, könnte es zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ gegenüber Minderheiten kommen. Man denke im Kontext dazu an Minderheitenrechte, z. B. slowenische oder kroatische Österreicher betreffend.

Katzer spricht von demokratischen Regeln und meint damit die Verfahrensregeln der Demokratie (Mehrheitsprinzip etc.) und die individuellen Freiheiten (Minderheitenrechte etc.). Er führt aus, dass die Einhaltung dieser Regeln zum einen als Minimalbedingung für eine Demokratie verstanden werden muss, zum anderen müssen diese Regeln von den Individuen tatsächlich akzeptiert werden, weil ein demokratisches System, welches auf Gewalt soweit als möglich verzichtet, nur Bestand haben kann, wenn es vom überwiegenden Teil der Individuen aus freiem Willen unterstützt wird. Sind diese Bedingungen erfüllt, dann spricht Katzer davon, dass die Bürger eine Demokratische Identität teilen.

(vgl. Katzer, Matthias. Wendel, Saskia (Hrsg.). Was ist und wie entsteht demokratische Identität? Göttingen, 2014. Seite 49 – 51.)

Fazit:

Basis einer Demokratischen Identität kann nicht nur das Mehrheitsprinzip („Diktatur der Mehrheit“) sowie die Einhaltung demokratischer Grundprinzipien (Gewaltenteilung, Pressefreiheit etc.) sein, sondern es müssen auch individuelle Rechte wie z. B. Minderheitenrechte gegeben sein. Grundlage ist weiters die Akzeptanz dieser Regeln durch alle Bürger aus freiem Willen. Dann ist die Voraussetzung für eine Demokratische Identität gegeben.

5.4 Demokratische Identität und Weltanschauungen – ein Widerspruch?

Moderne Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass das Zusammenleben unterschiedlichster Kulturen und Ethnien statthaft und möglich ist. Dies unter der Prämisse, dass damit nicht einhergeht, sich einer bestimmten Weltanschauung, Kultur, Ideologie oder Religion unterordnen zu müssen. Es ist also nicht notwendig, eine bestimmte gemeinsame Identität anzunehmen, um im jeweiligen demokratischen System Aufnahme zu finden.

Migration in ein demokratisches System kann aus unterschiedlichen Gründen erfolgen, wie z. B. im Falle von Arbeitsmigration, Familienmigration, Bildungsmigration, Flucht- bzw. Gewaltmigration oder Lifestyle-Migration. Einen Sonderfall stellt die Fluchtmigration dar, da diese zum einen oft nicht freiwillig, sondern erzwungen ist, zum anderen gibt es aufgrund internationaler Abkommen (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und New Yorker Zusatzprotokoll von 1967) die Verpflichtung, Flüchtlinge nach internationalen Standards aufzunehmen.

In all diesen Fällen bringen Individuen ihre eigenen überlieferten und gelebten Weltanschauungen in das bestehende demokratische System mit. Und nicht jede weltanschauliche Grundhaltung muss mit einem demokratischen System kompatibel sein (z. B. rassistische Weltanschauungen etc.). So gesehen ist nicht sichergestellt, dass zugewanderte Bevölkerungsteile die bestehenden demokratischen Regeln akzeptieren. Sie sind zum Zeitpunkt der Zuwanderung auch nicht Teil der bestehenden Demokratischen Identität, vielmehr ist eine neue Demokratische Identität unter Berücksichtigung der bestehenden Standards und der spezifischen Interessen aller zu kreieren.

Folgt man den Ausführungen von Schwan (siehe davor), gibt es die gemeinsame kollektive Identität (die auf verbindender Erinnerung fußt) zwischen Stamm- und zugewanderter Bevölkerung nicht bzw. nur bedingt. Eine zugewanderte Ethnie bringt ihre eigene kollektive Identität als Gruppe mit. Dies führt auch dazu, dass Zugewanderte häufig Nähe und Vertrautheit (auch räumlich) im eigenen sozialen Umfeld suchen.

Auch die individuelle Identität der Migranten fußt meist auf gänzlich anderen persönlichen Erfahrungen, Erlebnissen und Rollenverständnissen (oftmals auch Gewalterfahrungen) – im Gegensatz zu den individuellen Identitäten der angestammten Bevölkerung.

Zusätzlich differieren der Grundkonsens zur politischen Identität sowie das Bürgerethos aufgrund der individuell und kollektiv andersgearteten Erfahrungen der Zugewanderten.

Damit ist eine Zustandsbeschreibung im Sinne von „Wodurch kann es zu Problemstellungen kommen?“ gegeben. Die erlebten Realitäten in den Biographien der angestammten Bevölkerung im Vergleich zu den erlebten Realitäten der zugewanderten Bevölkerung können gänzlich unterschiedlich sein. Dahinter steht kein Vorsatz, sondern das subjektive bisherige Leben und Erleben der Zuwanderer als Individuen bzw. im Kollektiv.

Wendel sieht Demokratie als einen Prozess, der anstrengend sein kann, aber auch anstrengend sein darf. Ziel dieses Prozesses ist die Schaffung von Gemeinsamkeit auf Basis der individuellen Unterschiede, welche anerkannt und so integriert werden. Es geht um die Schaffung von Kompromissen über gemeinsame Diskussion.

Katzer wiederum führt aus, dass moderne Demokratien sich dadurch auszeichnen, dass sie in der Lage sein müssen, innere Widersprüche zu überwinden. Allerdings ist es dazu notwendig, dass alle, also Stamm- und zugewanderte Bevölkerung, freiwillig auf Basis der demokratischen Grundwerte an der Überwindung der vorhandenen Differenzen mitarbeiten.

Fazit:

Folgt man den vorangestellten Ausführungen, sind unterschiedliche Weltanschauungen und Demokratische Identität kein Widerspruch, sondern vielmehr ein Arbeitsauftrag und auch eine Chance – eine Chance, über die Auseinandersetzung mit den Unterschieden und einen Diskurs zu den Unterschieden die gesellschaftliche demokratische Kompetenz weiter und höher zu entwickeln.

Dies erfordert, sich mit den Hintergründen und Biographien Zugewanderter zur beschäftigen. Ist die Ausgangslage analysiert, gilt es zielgerichtete Maßnahmen zu definieren und umzusetzen. Und die Mitarbeit der Zugewanderten dazu darf und muss eingefordert werden.

Die gemeinsame Demokratische Identität, die es zu entwickeln gilt, kann als „Kitt“ oder „Kleber“ verstanden werden, welcher die verschiedensten Fragmente, Einstellungen, Meinungen und Ansichten einer pluralistischen Gesellschaft zusammenhält. Auf Basis der vorhandenen Unterschiede ist ein kleinster gemeinsamer Nenner (je größer, desto besser) oder auch das uns alle Verbindende und Einende auf Basis unserer demokratischen Grundwerte zu kreieren.

Dies bedarf der Mitarbeit sowohl von Stamm- als auch von zugewanderter Bevölkerung, freiwillig, mit Überzeugung und mit gutem Willen.

Notwendig sind aber auch staatliche Steuerungsmaßnahmen. Diese müssen die Voraussetzungen für einen derartigen Prozess schaffen, wie z. B. die Sicherstellung von Sprachkompetenz etc.

Zusätzlich sind die Prozesse zur Entwicklung einer gemeinsamen Demokratischen Identität auch aufzusetzen, anzuleiten, zu moderieren und, wo notwendig, sind auch Sanktionierungen vorzusehen.

Aus dem Vorgenannten ergibt sich sowohl Herausforderung als auch Auftrag an das bestehende demokratische System, an die relevanten politischen Institutionen und an die Bürger.

Quellenverzeichnis:

Abdel-Samad, H. (2014). Der islamische Faschismus: Eine Analyse (1. Aufl.). Droemer Verlag, München.

Abdel-Samad, H. (2021). Schlacht der Identitäten: 20 Thesen zum Rassismus – und wie wir ihm die Macht nehmen (1. Aufl.). dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, München.

Arendt, H. (2021). Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft: Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft (23. Auflage). Piper Verlag GmbH, München.

Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) Hrsg. (2017). Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung. Verfügbar unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/Praevention/767_Strategie_Extremismuspraevention_und_Deradikalisierung_publication_210x297mm_DE_WEB_20190115.pdf. Koordination: Bundesministerium für Inneres (BMI).

Bundeskanzleramt (2021). Nationale Strategie gegen Antisemitismus. Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1010 Wien.

Butter, M. (2021). Nichts ist wie es scheint: Über Verschwörungstheorien (5. Aufl.). Suhrkamp Verlag, Berlin.

Eco, U. (2020). Der ewige Faschismus (5. Aufl.). Carl Hanser Verlag GmbH & CO. KG, München.

Ebner, J. (2023). Massenradikalisierung: Wie die Mitte Extremisten zum Opfer fällt (1. Aufl.). Suhrkamp Verlag AG, Berlin.

El-Mafaalanie, A. (2021). Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistischen Widerstand (2. Aufl.). Verlag Kiepenheuer & Wietsch, Köln.

Fastenbauer, R. & Wolffsohn, M. (o.D.). Grundlagenwissen über Antisemitismus im Kontext von Migration und Integration: Unter besonderer Berücksichtigung des muslimischen Antisemitismus (1. Aufl.). Österreichischer Integrationsfonds, Wien.

Geulen, C. (2021). Geschichte des Rassismus (4. Aufl.). Verlag C.H.Beck oHG, München.

Goertz, S & Goertz-Neumann, M. (2021). Politisch motivierte Kriminalität: Radikalisierung und Extremismus (2. Aufl.). C. F. Müller GmbH, Heidelberg.

Hande Abay, G. (2020), Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgrenzung von Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung. Zugriff am: 10.11.2022, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313920/abgrenzung-von-extremismus-radikalismus-und-radikalisierung>.

Hande Abay, G. (2020), Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgrenzung von Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung. Zugriff am: 10.11.2022, verfügbar unter:

Hettlage, R. – Hrsg. (2003). Verleugnen, Vertuschen, Verdrehen: Leben in der Lügengesellschaft (1. Aufl.). UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz.

Kimmich, D. & Lavorano, S. & Bergmann, F. – Hrsg. (2016). Was ist Rassismus (1. Aufl.). Philipp Reclam jun. GmbH & CO KG, Stuttgart.

Körting, S. (2011). Kommunikation ist Manipulation: Studienarbeit (1. Aufl.). Grin Verlag GmbH.

Levitsky, S. & Ziblatt, D. (2019). Wie Demokratien sterben (3. Aufl.). Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH, München.

Mausfeld, R. (2021). Angst und Macht: Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien (5. Aufl.). Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main.

Orwell, G. (2020). Über Nationalismus (4. Aufl.). dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, München.

Precht, R. & Welzer, H. (2022). Die vierte Gewalt: Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. (2. Aufl.). S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Salzborn, S., (2021). Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung. Verschwörungsmythen und Antisemitismus. Zugriff am 14.11.2023, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/verschwoerungstheorien-2021/339288/verschwoerungsmythen-und-antisemitismus/>.

Sold, M., (2019). Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung. Radikalisierung und Deradikalisierung. Zugriff am: 17.09.2023, verfügbar unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/200407_bpb_Reflect-your-past-Radikalisierung-und-Deradikalisierung_0.pdf.

Wendel, S. - Hrsg. (2014). Was ist und wie entsteht demokratische Identität? (1. Aufl.). Wallenstein Verlag, Göttingen.

Zeglovits, E., u.a. (2021). Antisemitismus 2020: Ergebnisanalyse im Überblick – österreichrepräsentative Studie. Zugriff am: 12.12.2023, verfügbar unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/fachinfos/publikationen/antisemitismus_2020_kurzbericht_oesterreichweite_ergebnisse.pdf. IFES, Studie im Auftrag des österreichischen Parlaments.

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich, Bundesminister für Landesverteidigung, BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie - ZMFW (Zentrum für menschenorientierte Führung und Wehrpolitik) Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Satz und Layout: LVAK / FÜA / Ref III Medien und LVAK / ZMFW

Druck: Heeresdruckzentrum R 10-4065, Kelsenstraße 4, 1030 Wien Erscheinungsjahr: 2025